WWW.DIEWIRTSCHAFT-KOELN.DE | AUSGABE 03.22

DIE WIRTSCHAFT

DAS WIRTSCHAFTS-MAGAZIN FÜR KÖLN UND DIE REGION

RUSSLAND DEN STECKER ZIEHEN!

Welche Alternativen es jetzt braucht

BAUEN IM KRISENMODUS

Volle Bücher, kein Material

LEVERKUSEN HOCH IM KURS

Stadt am Rhein wächst dynamisch

Foto: Thomas Francois - stock.adobe.com

Mit 360-Grad-Leasing für Ihren Fuhrpark.

Jetzt umsteigen
skbn.de/umsteigen

Deutsche Leasing

Weil's um mehr als Geld geht.

Sparkasse KölnBonn

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

über Geld spricht man nicht – Geld hat man. Wobei beim Großteil der Bürger immer mehr Monat übrig bleibt, wenn sich das Kapital dem Ende neigt.
In unserer neuesten Ausgabe geht es wohl in fast jedem Artikel ums Geld. Um eher kleine Beträge wie auch um Milliardensummen, die von unseren Volksvertretern in die Hände genommen werden. Ein paar Beispiele gefällig?
In unserer Titelgeschichte erklären wir, woher unser Strom kommt (bisher zu einem Großteil aus Russland) und wie wir uns von dieser Abhängigkeit lösen können. Steigende Energiepreise aufgrund der Coronapandemie und des völkerrechtswidrigen Kriegs der Russen gegen die Ukraine haben wir deutlich merkbar zu spüren bekommen. Die „2“ an der ersten Stelle des Spritpreises an den Tankstellen wird uns wohl noch lange erhalten bleiben. Obwohl, da gibt es ja noch den versprochenen Tankrabatt. Der soll nun im Juni kommen. 30 Cent auf Benzin, 14 Cent auf Diesel. Pro Liter. Da gerät die „2“ ins Wanken.
Wenn Politiker Geld verteilen – also jetzt nicht ihr eigenes –, sprechen sie gerne von Paketen. In diesem Jahr war es das sogenannte „Osterpaket“, das beim Empfänger natürlich den Eindruck eines netten Geschenks erwecken sollte. In diesem Fall war es auch so. Damit wird in Köln der Ausbau der Solarenergie gefördert. Der Topf ist von einer Million Euro auf 20 Millionen Euro angewachsen. Tatsächlich gut für Hausbesitzer, die mit Fotovoltaik ihre eigenen Stromkosten auf lange Sicht senken und einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten können.
Wir können auch noch höher. Zur Ertüchtigung und Modernisierung der Bundeswehr hat die Bundesregierung ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro bereitgestellt. Um einhundert Milliarden Euro geht es auch beim Schutzschild für Unternehmen. Allerdings nur in Form von Krediten. Notleidenden Betrieben soll auf diese Weise kurzfristig von der KfW unter die Arme gegriffen werden.
Zumindest um Millionensummen geht es beim 1. FC Köln. Mit dem Erreichen der internationalen Wettbewerbe tun sich neue Chancen auf. Nicht nur dass sich die Einnahmen aus dem Eurogeschäft auf einen niedrigen achtstelligen Millionenbetrag summieren könnten. Der Club wird für Spieler und den Nachwuchs wieder zu einer ersten Adresse. Einen großen Anteil daran hat Trainer Steffen Baumgart, der mit seiner besonderen Art die Spieler, sein Team und die Fans mitgenommen hat.
Zurück zum großen Geld. Für die Opfer der Flutkatastrophe rund um das Gebiet der Ahr und Erftstadt wurde die „Aufbauhilfe 2021“ vom Bundeskabinett aufgelegt. Ein 30 Milliarden Euro schweres Programm, dessen Gelder zwar beantragt, aber nur spärlich und mit viel Bürokratie ausgezahlt werden. Die Versicherer machen es den betroffenen Menschen auch nicht leicht. Fordern etwa Unterlagen an, die mit der Flut weggespült wurden, und verzögern Auszahlungen bis zum letzten möglichen Tag.
Vielleicht doch mal ganz gut, dass wir über Geld gesprochen haben. Bleiben Sie sparsam, aber gönnen Sie sich die ein oder andere Nettigkeit.

Herzlichst

Eugen Weis, Herausgeber

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

Reguvis

Unsere **Zertifikatslehrgänge** im Bereich Außenwirtschaft, Zoll und Exportkontrolle

Seminare, Webinare, Netzwerk-Veranstaltungen sowie Inhouse und Beratungsangebote – die Reguvis Akademie ist der Partner in jeder Phase Ihrer beruflichen Entwicklung. Gemeinsam mit unseren Referent:innen garantieren wir Ihnen exzellentes Know-how sowie aktuelle und versierte Lerninhalte.

Zollfachwirt/in (brav)®

Exportkontrollfachwirt/in (brav)®

Die Praxis des Zollrechts

AW NEXT Fernlehrgang Manager/in Zoll

Bleiben Sie up to date mit dem Reguvis AKADEMIE Newsletter:
www.reguvis.de/newsletter

www.reguvis.de/akademie |
veranstaltungen@reguvis.de |
Tel: 0221 – 97668 – 8080

HIGHLIGHTS DIESER AUSGABE

Foto: vchalup - stock.adobe.com

SCHLUSS MIT DER ABHÄNGIGKEIT

Geht es auch ohne Energie aus Russland?

.....ab Seite 06

Foto: Stadt Köln / Volker Glasow

KÖLNER SOLAROFFENSIVE

Mehr Strom aus erneuerbaren Energien gewinnen

.....ab Seite 12

Foto: jat306 - stock.adobe.com

BAUKONJUNKTUR

Schwierige Bedingungen für Betriebe

.....ab Seite 18

IMPRESSUM

Verlag und Herausgeber:
Weis Wirtschaftsmedien GmbH
Eugen Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon 0221.4743924
info@diewirtschaft-koeln.de
www.diewirtschaft-koeln.de

Objekt- und Anzeigenleitung:
Alex Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon: 0221.4743924
anzeigen@diewirtschaft-koeln.de

Redaktionsleitung:
Matthias Ehlert (ViSdP)
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
redaktion@diewirtschaft-koeln.de

Redaktion:
Matthias Ehlert *(me)*, Heribert Eiden *(he)*, Monika Eiden *(mei)*, Christian Esser (ce), Jana Leckel (jl), Astrid Waligura *(aw)*, Eugen Weis *(ew)*

Jahrgang: 7, Heft 2/2022

Auflage: 17.000 Exemplare

Fotos: stock.adobe.com, Alex Weis, Envato, sowie Kunden und privat

Druck: Druckhaus DOC
Zeißstr. 23-27, 50171 Kerpen
Telefon: 02237.9757011

Gestaltung / Layout:
amannDESIGN
Humboldtstr. 60, 51379 Leverkusen
Telefon 02171.7053860
www.amanndesign.de

Beilage: Schultz GmbH & Co. KG

© Weis Wirtschaftsmedien GmbH 2022 - Nachdruck und Vervielfältigungen jeglicher Art, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT / oder beim Verlag bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Es gelten unsere AGBs. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Unser Verlag wird beraten und rechtlich vertreten durch: Rechtsanwälte Stiletto Wilhelm & Kollegen.

Foto: enanuchit - stock.adobe.com

MITTELSTANDSGIPFEL

Auf Krise folgt Krise

..... ab Seite 24

Foto: ArTo - stock.adobe.com

STARKES LEVERKUSEN

Gute Entwicklung der Stadt

..... ab Seite 28

Foto: VadimGuzhva - stock.adobe.com

AUSBILDUNG

Mittel gegen Fachkräftemangel

..... ab Seite 38

WEITERE THEMEN:

Neue Krisenherde ..... S. 16
Polis Convention ..... S. 20
Hilfen für Unternehmen S.30
9. Cloud Unternehmertag ..... S. 35
Digitale Innenstädte ..... S. 37
... und vieles mehr ...

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

Hinweise: Es gilt die Anzeigenpreisliste aus November 2021. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt DIE WIRTSCHAFT keine Haftung. Für fehlerhafte oder unterbliebene Angaben übernehmen wir keine Gewähr.
Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Es gelten unsere AGBs.

Copyright/ Urheberrecht: Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung von Weis Wirtschaftsmedien GmbH.
Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Datenschutz/Disclaimer: Sie finden in unserer Print-Ausgabe an verschiedenen Stellen sogenannte QR-Codes. Diese ermöglichen Ihnen mit einer App für das Smartphone oder Tablet diese einzuscannen. Daraufhin werden Sie bequem direkt zu dem jeweiligen Online-Angebot weitergeleitet. Auf unserem Internetangebot finden Sie bspw. weiterführende Infos oder können direkt an Gewinnspielen teilnehmen. Dabei erheben wir Analysedaten für statistische Zwecke und zur Verbesserung unseres Angebots, die wir bspw. durch anonymisiertes Tracking erfassen. Es werden dabei keinerlei persönliche Daten erfasst oder an Dritte weitergegeben.
Weitere Informationen und die Möglichkeiten diese Datenerhebung zu unterbinden finden Sie online in unserer Datenschutzerklärung unter: www.diewirtschaft-koeln.de/datenschutzerklaerung
Zudem können Sie direkt auf Links klicken, die sich in unserer Ausgabe befinden (z.B. im E-Paper oder der PDF-Version). Der Verlag übernimmt dabei keine Haftung für etwaige Fehler oder Irrtümer und wir weisen daraufhin, dass allein die jeweiligen Seitenbetreiber für die Inhalte verantwortlich sind.

Stand Mai 2022

Bei **AMP**, **Local Based Services**, **Responsive-Design** oder **DSGVO** stehen Sie auf dem Schlauch?

KEIN PROBLEM!

SEARCH ENGINE OPTIMIZATION (SEO)
WEBSITE-BUILDING
SOCIAL MEDIA BETREUUNG
MARKETING
DSGVO-BERATUNG
E-COMMERCE
SEARCH ENGINE MARKETING (SEM)
MOBILE APPS

Ob lokaler Dienstleister, KMU, Start-up oder Großprojekt: Mit über 10 Jahren Erfahrung in der digitalen Welt, helfen wir auch Ihnen beim erfolgreichen Auf- oder Ausbau Ihrer Online-Präsenzen.

CityNEWS
CityNEWS Verlag
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Tel.: 0221 - 47 43 923
info@citynews-koeln.de

WOHER KOMMT UNSERE ENERGIE?

Wie sich Deutschland von russischen Energieimporten loslösen will

Foto: vchalup - stock.adobe.com

Noch kommen große Teile der Energie aus Russland - wann kann man den Hahn bei Öl und Gas zudrehen?

Abhängigkeit ist ein äußerst negativ behafteter Begriff und das hat auch seine Gründe. Abhängigkeit in psychologischer Hinsicht ist schlecht, denn dahinter versteckt sich oftmals eine Sucht. Und auch politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten können gefährlich sein. Doch gerade in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht geht es nicht ganz ohne Abhängigkeiten – die Frage ist aber, von was und wem man abhängig sein möchte.

Der Krieg in der Ukraine hat uns offenbart, dass Deutschland abhängig ist. Es braucht Energie und Rohstoffe, um die Wirtschaft am Laufen zu halten und Wohlstand schaffen zu können. Und weil Deutschland kein besonders rohstoffreiches Land ist, braucht es Importe, keine Frage. Politisch, vor allem energiepolitisch hat sich die Bundesrepublik in den letzten zwei Jahrzehnten zunehmend von Russland abhängig gemacht. Öl, Gas und Kohle werden in großen Mengen importiert. Und plötzlich ist Deutschland Spielball in einem Szenario, wo es nur verlieren kann. Ohne Energieimporte aus Russland wird die Wirtschaft leiden und dabei sind viele Betriebe gerade immer noch dabei, die Folgen der Coronapandemie zu überwinden. Doch mit jedem Tag, wo weiter Gas und andere Energieträger von Russland nach Deutschland gebracht werden, wird die Kriegskasse Putins gefüllt. Politisch hat sich die Bundesrepublik damit in eine äußerst prekäre Lage manövriert. Berlin wirkt wie ein doppelter Bremsklotz, sowohl bei weiteren Verschärfungen der Sanktionen gegenüber Russland wie auch mit Blick auf Waffenlieferungen an die Ukraine.

Nun braucht es andere Lieferanten und die Suche läuft. Katar, Vereinigte Arabische Emirate – Bundesminister Robert Habeck geht auf Reisen und möchte Gas geben, um schnell Gas(-lieferanten) zu finden. Gute Gespräche habe es mit den Ländern gegeben. Kritik am Umgang der Staaten mit Menschenrechten hatte der Minister dabei nicht im Gepäck, dafür aber große Hoffnungen auf schnelle Lieferungen. Denn die Zeit drängt. Schon jetzt spüren die Betriebe in Deutschland die rasant gestiegenen Preise bei Energie. Und die Inflation bei den Energiepreisen ist dabei kein Problem, das nur die Bundesrepublik betrifft, sondern sich derzeit weltweit auswirkt. Diese Entwicklung, die bereits Mitte des letzten Jahres eingesetzt hat, hat sich nach Beginn des Krieges noch einmal deutlich verschlimmert. Preise an Tankstellen für Benzin und Diesel für über zwei Euro pro Liter sind seit Ende Februar ein Dauer(-ver)brenner, der tiefe Löcher in Geldbörsen und auf den Konten hinterlässt. Zudem wird auch das Heizen immer teurer. Die gestiegenen Preise für Energie treiben dabei die Inflation munter weiter vor sich her, die Betriebe sind zunehmend gezwungen, ihre gestiegenen Kosten auf die Verbraucher umzulegen. Das treibt die Preise für diverse Produkte, insbesondere auch Lebensmittel immer weiter in die Höhe. Die Politik muss nun handeln.

Ein wesentlicher Punkt ist, die Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu beenden. Nord Stream 2, die neue Pipeline

für Gas, ist zwar fertig, wird aber wohl nie in Betrieb genommen werden, da Energie künftig aus anderen Teilen der Welt herkommen soll. Gleichzeitig will Deutschland noch stärker in erneuerbare Energien investieren, um nicht mehr so stark von Importen abhängig zu sein.

Osterhase bringt Windräder

Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck hatte vor Ostern eine mehr als 500-seitige Gesetzesvorlage im Gepäck, die das Bundeskabinett verabschiedet hat. Es soll die größte energiepolitische Gesetzesnovelle seit Jahrzehnten sein. Unterschiedliche Gesetze wurden mit dem „Osterpaket“ umfassend novelliert, der Ausbau der erneuerbaren Energie soll damit beschleunigt und konsequent vorangetrieben werden. „Das Osterpaket ist der Beschleuniger für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir werden den Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt fast verdoppeln. Wir verdreifachen die Geschwindigkeit beim erneuerbaren Ausbau – zu Wasser, zu Land und auf dem Dach. Die erneuerbaren Energien liegen künftig im öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Das ist entscheidend, um das Tempo zu erhöhen. Insgesamt schaffen wir mit dem Osterpaket die Voraussetzungen für die Energiesicherheit und die Energiesouveränität Deutschlands. Zugleich legt es die Grundlagen dafür, dass Deutschland klimaneutral wird“, so Habeck und weiter: „Das Osterpaket ist Teil unserer Agenda und ist in den letzten Monaten unter Hochdruck erarbeitet worden. Es hat angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine nun eine doppelte Dringlichkeit erhalten. Zum einen spitzt sich die Klimakrise zu. Zum anderen zeigt der Einmarsch Russlands, wie wichtig es ist, aus den fossilen Energien auszusteigen und den Ausbau der Erneuerbaren konsequent voranzutreiben. Das tun wir beherzt und konsequent.“ Es gibt einiges zu tun. Denn bis 2030 sollen mindestens 80 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs aus erneuerbaren Energien bezogen werden. Dazu braucht es deutlich schnellere und intensivere Ausbaumaßnahmen bei Fotovoltaikanlagen oder Windrädern. Doch die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass es äußerst lange braucht, um bspw. neue Windräder überhaupt zu genehmigen – oft ist dies ein jahrelanger Prozess. Gleichzeitig fehlt es an Fachkräften und insbesondere durch die strikte Pandemiepolitik in China auch an ausreichend Material, was bspw. für den Bau von Fotovoltaikanlagen benötigt wird.

Gefördert? Stopp!

Lob für das Osterpaket gibt es unter anderem vom BDI und von seinem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer Holger Lösch. „Das Osterpaket kommt zur richtigen Zeit. Mit der Novelle bringt die Bundesregierung ein wichtiges Etappenziel für den schnelleren und massiven Ausbau erneuerbarer Energien auf den Weg. Es ist gut, dass der Gesetzgeber die Abhängigkeit von fossilen Energien perspektivisch stark reduzieren will.“ Doch mit Windkraftanlagen und Solarstrom wird es nicht reichen. „Wichtig ist, dass die Regierung neben dem Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung auch die künftige Versorgung mit grünen Molekülen wie Wasserstoff kraftvoll angeht“, so Lösch. Und dann stellt sich zudem noch die Frage nach unseren Gebäuden. Die sollen und müssen effizienter werden, Wärme besser speichern. Dies braucht Fördermittel, damit sich für die Verbraucher eine Um- bzw. Aufrüstung auch lohnt. „Für den Gebäudesektor müssen alle Förderprogramme auf mindestens zehn Jahre angelegt werden“, fordert Lösch: „Durch die Förderstopps zum Anfang des Jahres hat die Bundesregierung Vertrauen eingebüßt. Gebäudebesitzer müssen planungssicher ihre Häuser schrittweise auf klimaneutrale Niveaus sanieren und Unternehmen die dafür nötigen Kapazitäten aufbauen können.“
Wenn es denn nur Förderstopps zu Beginn des Jahres gewesen wären. Kürzlich kam es zu einem Förderstopp, und das nach wenigen Stunden. Am 20. April 2022 nahm die Förderbank KfW Anträge entgegen. Es ging um Neubauförderungen für das Effizienzhaus (EH) 40. Also ein Haus, das gegenüber einem Standardhaus nur 40 Prozent des Energiebedarfs benötigt. Eine Milliarde Euro gab es als Fördersumme. Nach nur wenigen Stunden war der Fördertopf schon leer. Kritik ließ da nicht lange auf sich warten. „Der erneute Förderstopp beim heute erst wieder angelaufenen EH40-Neubauprogramm ist ein zweites Fiasko mit Ansage. Es war vollkommen klar, dass die vorgesehene eine Milliarde Euro angesichts des riesigen Bedarfs niemals ausreichen würde. Jetzt ist die grundlegend notwendige Unterstützung für das klimaschonende, bezahlbare Bauen innerhalb von Stunden wieder zum Erliegen gekommen. Planungssicherheit und Verlässlichkeit sind in dieser von Unsicherheit geprägten Zeit wichtiger denn je. Leider ist das Gegenteil der Fall“, kritisierte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, scharf. „Unter den aktuellen Bedingungen ist bezahlbares, klimaschonendes Bauen schlicht unmöglich. Die sozial orientierten Wohnungsunternehmen müssen bereits begonnene sowie geplante Neubauprojekte stoppen und auf Eis legen, weil sie finanziell nicht mehr machbar sind. Mit Blick auf die Neubau- und Klimaziele der Regierung ist es fünf nach zwölf. Die Wohnungsunternehmen sind diejenigen, die klimaschonendes Wohnen zu bezahlbaren Mieten in die Realität umsetzen. Es darf jetzt keine Zeit mehr verstreichen, dass sie die dafür notwendige staatliche Unterstützung auch erhalten.“

Christian Esser

Foto: anatoliy_gleb - stock.adobe.com

Es braucht mehr erneuerbare Energie - der Ausbau läuft aber nur oft schleppend

ÜBER DAS ENDE DER KOHLE

Vorgezogener Braunkohleausstieg – ist das noch realistisch?

Wann ist ein Ausstieg aus der Kohle möglich? Ist 2030 als Ausstiegsjahr realisierbar?

Raus aus der Kohle – das ist der Plan und vielen kann es dabei nicht schnell genug gehen. Das Enddatum mit 2038 ist bereits gesetzlich verankert, doch soll es möglichst schon 2030 mit der Kohleförderung in Deutschland vorbei sein. Die Vorzeichen haben sich hierfür durch den russischen Einmarsch in die Ukraine verändert. Eine Studie mehrerer IHKs aus dem Rheinland zeigt ein Bild auf, nach dem der Ausstieg bis 2030 unrealistisch ist.

Dass Deutschland sich völlig unabhängig von anderen Staaten und ihren Energielieferungen selbst mit Energie versorgen kann, ist ein Wunschtraum, der wohl nie in Erfüllung gehen wird. Über Jahre hinweg hat niemand wirklich nachgefragt, wo die Energieimporte herkommen und welches Risiko sich durch die so aufgebauten Abhängigkeiten ergeben. Die russische Invasion in die Ukraine hat dies verändert und verdeutlicht nun, wie groß diese Abhängigkeit bei Energieimporten ist. Damit sind direkt mehrere Probleme verbunden. Durch die weiterlaufenden Gas- und Energieimporte, die Deutschland aus Russland bezieht, finanziert die Bundesrepublik Putins blutigen Krieg mit, gleichzeitig stellt sich die Frage, was passiert, wenn Moskau den Gashahn plötzlich zudrehen sollte und bis dahin keine Alternativen verfügbar sind. Dies rückt den Fokus auf die Energieversorgung, die Deutschland selbst leisten kann. Bis zum Jahresende gehen die letzten laufenden Atomkraftwerke vom Netz, die Braunkohle, ebenfalls ein „Auslaufprodukt“, soll aber noch bleiben, fragt sich nur, wie lange. Seit Generationen wird im Rheinischen Revier Braunkohle gefördert, bereits um 1800 ging es los. Seither wurde tonnenweise Braunkohle abgebaut, einige Milliarden Tonnen Kohle kamen seither zusammen. Das Rheinische Revier ist heute das größte Braunkohle-Abbaugebiet Europas. Damit soll bald Schluss sein, denn Braunkohle ist ein wahrer Klimakiller. Doch die aktuellen Ereignisse lassen Pläne zum vorgezogenen Ausstieg unrealistisch wirken.

Kohleausstieg bis 2030 wohl nicht möglich

Die Industrie- und Handelskammern Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein haben eine Studie mit dem Titel „Energiesicherheit im Kern- und Wirkungsraum des Rheinischen Reviers“ in Auftrag gegeben. Durchgeführt wurde die Untersuchung von der SME Management GmbH. Hierzu haben die Autoren eine Vielzahl vorheriger Studien ausgewertet und darüber hinaus rund 50 Experteninterviews mit Vertretern vornehmlich mittelständischer Unternehmen aus den drei IHK-Bezirken geführt. Nach Ergebnissen der Studie scheint ein vorgezogener Kohleausstieg bis 2030 unrealistisch zu sein, stattdessen müssten Kapazitäten der Kohlekraftwerke im Rheinischen Revier noch länger als Energiereserve vorgehalten werden, um mögliche Engpässe bei Gaslieferungen überbrücken zu können. „Angesichts der geopolitischen Risiken bei der Versorgung mit Erdgas ist der aktuelle starre Ausstiegspfad aus der Kohleverstromung nicht haltbar, ohne die Versorgungssicherheit und damit die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts zu gefährden“, sagt Dr. Uwe Vetterlein, Hauptgeschäftsführer der IHK Köln. Aus der Politik bräuchte es ein glaubhaftes Zeichen für die Versorgungssicherheit. „Dazu gehört ein Moratorium zum Kohleausstieg. Die bisherigen Pläne setzen einseitig auf russisches Gas und sind durch den Krieg nicht mehr haltbar“, so Vetterlein.

Darüber hinaus bräuchte es deutlich mehr Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Die IHKs fordern deshalb, dass Planungs- und Genehmigungsprozesse vereinfacht und verkürzt werden. Das vom Bund verabschiedete „Osterpaket“ müsse zunächst noch geprüft werden, um zu ermitteln, ob dieses zu einer notwendigen Beschleunigung beitragen kann. Für das Rheinische Revier müssten zügig Flächen für erneuerbare Energien festgelegt werden, dabei dürften kommunale Gebietskörperschaften nicht von der Landesregierung alleingelassen werden – nur so seien die Ausbauziele zu erreichen. „Wir brauchen deutlich mehr Tempo bei der Energiewende. Ein ‚Weiter so’ wird nicht genügen“, sagt Michael F. Bayer, Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen. „Einzelinteressen, Bräsigkeit und Kleinteiligkeit dürfen wir uns nicht mehr leisten. Unser großes gemeinsames Ziel lautet: Wir werden ein klimaneutraler, international wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen – ein Morgen-Land.“

Betriebe melden Netzschwankungen

Für die Studie „Energiesicherheit im Kern- und Wirkungsraum des Rheinischen Reviers“ wurden zahlreiche Experteninterviews durchgeführt, bei denen die Betriebe Probleme offen darstellten. Dabei

Foto: BGStock72 - stock.adobe.com

Russlands Energielieferant Nr. 1 verdient weiterhin kräftig an Energieexporten

zeigte sich, dass schon jetzt vermehrt Unternehmen von Netzschwankungen betroffen sind. Etwa 50 Betriebe beklagten eine Verschlechterung der Versorgungsqualität und -sicherheit mit Strom. Wieso das der Fall ist, liegt auf der Hand. Denn bei erneuerbaren Energien wie Solarstrom aus Fotovoltaik-Anlagen und Windkraft liegt die sogenannte „gesicherte Leistung" bei 0 Prozent bei Sonnenstrom und bei weniger als zehn Prozent bei der Windenergie, oder anders ausgedrückt: Gibt es keinen Wind und Sonnenschein, gibt es auch keine Energie, die man gewinnen könnte. Besonders problematisch sind dabei sogenannte „Dunkelflauten", also Zeiträume, in denen weder die Sonne scheint und es Windstille gibt. Gibt es solche „Dunkelflauten", wirkt sich das auf das Stromnetz aus und sorgt für Probleme.

Die Studie zeigt zudem, dass es immer herausfordernder wird, die notwendige Spannung und Frequenz im Netz aufrechtzuerhalten – hierbei unterstützen die Braunkohlekraftwerke im Rheinland maßgeblich. Um diese „Systemleistung" der Braunkohlekraftwerke zu ersetzen, wird es noch einige Zeit benötigen. Daher fordern die IHK Aachen, Köln und Mittlerer Niederrhein auch, dass neben der Transformation des Rheinischen Reviers mit einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien gleichzeitig auch die Netzkapazitäten gesteigert werden müssen. „Energie bildet das Fundament unserer industriellen Wertschöpfungsketten. Eine Verschlechterung der Versorgungssicherheit, selbst geringe Netzschwankungen, können zu erheblichen Produktionsausfällen und Anlagenschäden führen", sagt Jürgen Steinmetz, Hauptgeschäftsführer der IHK Mittlerer Niederrhein. „Deshalb ist es enorm wichtig, auch während der Transformation unseres Energiesystems eine sichere Versorgung zu gewährleisten."

Die IHKs melden, dass die Wirtschaft aufgrund des sehr hohen Preisniveaus, aber noch mehr aufgrund des sinkenden Vertrauens in die dauerhafte sichere Energieversorgung äußerst beunruhigt ist. Sollte es zu einem Boykott von russischem Erdgas kommen, stellt die Untersuchung fest, wären viele Unternehmen, die Gas zur Prozesswärme benötigen, dazu gezwungen, ihre Produktionsprozesse kurzfristig umzustellen. Sollte es so sogar dazu kommen, dass die Gasversorgung komplett abgeschnitten wird, droht den Betrieben ein Produktionsstopp. Dies würde, je nach Anlage, zudem zu irreversiblen Schäden führen. Daher, so die IHKs, sollte Gas nur dann zur Stromerzeugung eingesetzt werden, sofern aus anderen Quellen ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Foto: Parilov - stock.adobe.com

Die deutsche Wirtschaft braucht weiterhin händeringend Energie aus der Kohle

DIW hält mit eigener Studie dagegen

Es gibt allerdings auch Stimmen, die dem Bild der Studie der drei IHKs auf dem Rheinland widersprechen. So kommt eine Studie des DIW zum Schluss, dass ein Ausstieg aus der Braun- und Steinkohle auch nach einem vollständigen Wegfall der russischen Erdgas- und Kohleexporte nach Deutschland bis 2030 möglich ist und auch die Stromversorgung in diesem wie auch im kommenden Jahr 2023, nachdem die Bundesrepublik auch aus der Atomenergie ausgestiegen ist, mittelfristig gesichert sei. „Bedingung hierfür sind der im Osterpaket vorgesehene beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine befristete Intensivierung von Stein- und Braunkohleverstromung. Die deutschen Kohleimporte aus Russland können relativ einfach durch den Bezug von internationalen Kohlemärkten ersetzt werden. Im Jahr 2023 gibt es ausreichend Kraftwerkskapazitäten auch bei einem starken Rückgang der Erdgasverstromung und der Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke. Ein schneller Ausbau der erneuerbaren Energien beschränkt die Erdgas- und Kohleverstromung: Der im Koalitionsvertrag angestrebte Kohleausstieg bis 2030 bleibt erreichbar. Für die mittelfristige Entwicklung bleibt die Integration zwischen dem deutschen und dem europäischen Strommarkt für die Versorgungssicherheit zentral", schreiben die Studienautoren des DIW zur Begründung.

Christian Esser

TIEF GE- ODER VERBOHRT?

Vor zehn Jahren war Fracking ein Thema in NRW, nun ist es wieder da

Foto: Wolfilser - stock.adobe.com

Der Ausbau der Windenergie in Deutschland verläuft eher schleppend

Die Suche nach Alternativen zu russischen Gasimporten läuft. Völlig ohne Gasvorkommen ist Deutschland nicht, im Gegenteil, auch hierzulande gäbe es Möglichkeiten, Gas zu fördern. Doch um an das Gas heranzukommen, bräuchte es sogenanntes Fracking. Umweltschützer laufen Sturm gegen die Idee des NRW-Wirtschaftsministers Andreas Pinkwart, andere sehen eine mögliche Option, um sich schneller von russischen Gasimporten zu lösen.

2012 wurde schon einmal über Fracking debattiert. Fracking ist ein Verfahren zur Förderung von Öl oder Gas. Ein aufwendiges Verfahren mit großen Risiken. Generell wird zwischen konventionellem und unkonventionellem Fracking unterschieden. Konventionelles Fracking wird vor allem in Sandsteinlagerstätten durchgeführt. Doch auch diese Methoden stehen in der Kritik und wurden von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe auch als „nicht konventionell" eingestuft, allerdings scheiden sich hier die Geister. Bei der unkonventionellen Methode handelt es sich um eine Erdgasgewinnung aus Schiefer-, Ton-, Kohleflöz- oder Mergelgestein. Besonders verbreitet ist das Fracking in den USA, wo häufig aus Schieferschichten Gas gewonnen wird. Gesteinsschichten tief im Boden werden mithilfe gewaltiger Wassermengen und unter Einsatz von Chemikalien aufgesprengt. Nur so können die Risse offen gehalten werden, um Gas zu fördern. Doch das Konfliktpotenzial ist groß, denn gerade der Einsatz der Chemikalien kann Böden und Gewässer kontaminieren und somit unbrauchbar machen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und auch NRW-Wirtschaftsminister Pinkwart wollen den Einsatz der Fracking-Technologie in Deutschland „ergebnisoffen" prüfen lassen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sieht darin keine Option. Die nötige Fracking-Technologie sei nicht nur mit deutschem Recht unvereinbar, es würde zudem Jahre brauchen, um Genehmigungen für den Abbau überhaupt zu bekommen. Ein klares politisches Meinungsbild innerhalb der Fraktionen und Koalitionen, bspw. im NRW-Landtag, lässt sich nicht erkennen. Während Pinkwart (FDP) die Möglichkeit des Frackings wieder ins Spiel gebracht hat, ist der Koalitionspartner CDU kurz vor den Landtagswahlen noch skeptisch, auch weil ein Großteil der potenziellen Flächen in Deutschland, wo es generelle Möglichkeiten zum Fracking geben würde, in Niedersachsen liegt. Die Oppositionsparteien SPD und Grüne sind klar gegen Fracking. Stattdessen gibt es die Forderungen an den NRW-Wirtschaftsminister, die Windkraft im Land schneller auszubauen.

Doppelt so viel Windkraft

Doch bevor irgendwelche Bohrungen im Münsterland oder am Niederrhein stattfinden, wo es auch tief im Boden Gasvorkommen gibt, stehen noch andere wichtige Energieziele auf der Agenda NRWs, zum Beispiel der Ausbau der Windkraft. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) hat eine Potenzialstudie zur Windenergie veröffentlicht. Unter Berücksichtigung der geltenden Abstandsregeln könnte bis 2030 eine Gesamtleistung aus Windkraft in NRW von bis zu 16,4 Gigawatt möglich sein. Doch bevor so viel Strom aus Windenergie fließen kann, müssen zunächst die Rahmenbedingungen dazu geschaffen werden. Die Studie des LANUVs sieht dazu auch zusätzliche Windenergiepotenziale auf sogenannten Kalamitätsflächen im Wald vor, die mit in die Berechnungen eingeflossen sind. Ende 2021 hat das Land NRW sich zum Ziel gesetzt, den Windenergie-Ausbau von rund sechs Gigawatt (Stand Ende 2020) auf zwölf Gigawatt bis 2030 zu verdoppeln. Daher wurde das LANUV vom Wirtschafts- und Energieministerium NRWs damit beauftragt, eine Studie aus dem Jahr 2012 mit Blick auf die neuen Ausbauziele zu überarbeiten. Ziel der neuen Studie ist, das landesweite Gesamtpotenzial der Windenergienutzung für NRW bis zum Jahr 2030 neutral und nachweisbar abschätzen zu können. „Um die ehrgeizigeren Klimaziele und mehr Energieunabhängigkeit zu erreichen, muss Deutschland den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen und dafür die Akzeptanz der Bevölkerung erhöhen. Wir gehören schon heute bundesweit zu den Vorreitern bei der Windenergie und haben uns wie der Bund eine Verdoppelung bis 2030 vorgenommen. Die Potenzialstudie Windenergie NRW des LANUV zeigt wissenschaftlich fundiert, dass diese Ausbauziele erreichbar sind", so Minister Pinkwart.

Foto: Sean - stock.adobe.com

Gasförderung ist ein wahrer Klimakiller, vor allem durch Fracking

Die NRW-Landesregierung verfolge mit der Fortschreibung der Energieversorgungsstrategie Nordrhein-Westfalen vom Ende vergangenen Jahres ambitionierte Ziele für einen akzeptanzgesicherten Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Erträge aus der Windenergie sollen binnen zehn Jahren bis 2030 verdoppelt werden. Wie die Studie des LANUVs belegt, sei dies auch mit der NRW-spezifischen 1.000-Meter-Abstandsregelung im Außenbereich möglich. Das Land fordert zudem den Bund auf, notwendige Rahmenbedingungen für einen beschleunigten Ausbau der Windkraft zu schaffen.

Was ist mit Wasserkraft?

Scheint weder Sonne und weht auch kein Wind, dann ist „Dunkelflaute“, ein Begriff, der bereits erwähnt wurde. Egal, ob Tag oder Nacht, windig oder nicht windig, eine erneuerbare Energiequelle fließt immer, im wahrsten Sinne: Wasser. Doch bei letzten Gesetzesnovellen bspw. im Zusammenhang mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz kommt Wasserkraft zu kurz, der Landesverband Erneuerbare Energien NRW (LEE NRW) spricht sogar davon, dass aktuelle Entwürfe der Bundesregierung zum EEG bzgl. Wasserkraft „völlig fehlgeleitet“ seien. Denn nach Plänen des Bundes soll schon ab dem kommenden Jahr für Wasserkraftanlagen bis zu 500 Kilowatt Leistung keine Förderung mehr verfügbar sein und diese wird ersatzlos gestrichen. Laut LEE NRW sind vom Förderaus neue Anlagen und bestehende Wasserkraftwerke dieser Leistungsklasse betroffen. Und von den bundesweit etwa 7.300 Anlagen haben etwa 90 Prozent eine Leistung von weniger als 500 kW. „Diese völlig unerwartete Neuausrichtung der Wasserkraftförderung passt überhaupt nicht in die Zeit, in der jede regenerative Kilowattstunde zählt, um die Importabhängigkeit im Energiesektor zu senken“, betont LEE NRW-Vorsitzender Reiner Priggen, „sollte es im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren nicht gelingen, diese Änderungen rückgängig zu machen, droht der kleineren Wasserkraft hierzulande mittelfristig das Aus.“ Und die kleinen Kraftwerke leisten durchaus einen nicht unerheblichen Anteil bei der Stromversorgung, denn über die bundesweiten kleinen Wasserkraftanlagen werden mehr als eine Million Haushalte mit sauberem Strom versorgt. „Da der Neubau von Wasserkraftwerken in den zurückliegenden Jahren wegen langer Genehmigungszeiten und hoher naturschutzrechtlicher Auflagen fast zum Erliegen gekommen ist, setzen die meisten Betreiber auf das Repowering“, erklärt Priggen, „in der Regel lassen sich durch eine Modernisierung rund 20 Prozent mehr Wasserkraftstrom erzeugen.“ Die nun geplante Förderkappung für einen Großteil der kleinen Wasserkraftwerke, von denen es in NRW etwa 380 Stück gibt, sei „absolut willkürlich und nicht nachvollziehbar“, so Priggen. Dies werfe die Frage auf, welche ökologischen Unterschiede ein kW mehr oder weniger machen soll. Der LEE NRW hat folgende Forderungen an den Bund gestellt: die komplette Streichung der vorgesehenen Verschlechterungen für die Wasserkraft in der EEG-Novelle sowie spürbare finanzielle Anreize für die Modernisierung von Bestandsanlagen und den Neubau, und zwar überall da, wo es gewässerverträglich möglich ist. Unterstützung für diese Forderung kommt dabei auch aus Teilen der Wirtschaft, wie von Gunnar Lohnmann-Hütte, Stahlunternehmer und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke NRW: „Die Wasserkraft ist seit Generationen eine verlässliche und klimafreundliche Energiequelle für Gewerbe- und Industriebetriebe. So wie wir nutzen viele Betriebe wie Sägewerke oder Unternehmen der Eisen- und Papierverarbeitung die Kraft des Wassers, um die Produkte klima- und umweltfreundlich zu erzeugen. Wenn die EEG-Regelungen so kommen, dann müssen jedoch über kurz oder lang die meisten Wasserkraftanlagen auf den Firmengeländen stillgelegt werden.“ Das wären keine guten Aussichten für die Zukunft der klimafreundlichen Wasserkraft.

Christian Esser

Foto: familie-eisenlohr.de - stock.adobe.com

Wasserkraft - der umweltfreundliche Energieträger mit "stiefmütterlicher" Rolle

KÖLNER SOLAROFFENSIVE NIMMT FAHRT AUF

Der Umstieg auf Fotovoltaik wird finanziell immer attraktiver

Foto: Stadt Köln / Volker Glasow

Solarpanele werden auch auf städtischen Schulen installiert. Hier eine PV-Anlage auf dem Dach der Königin-Luise-Schule in der Kölner Innenstadt.

Mit Sicherheit hat auch der Ukraine-Krieg das Thema Energiepolitik in Deutschland befeuert. Die Unabhängigkeit von Öl und Gas aus Russland gepaart mit der Erreichung der Klimaziele ist der erklärte politische Plan. Die Bundesregierung hat mit dem sogenannten „Osterpaket" ein klares Zeichen gesetzt. Die Gesetzesnovelle soll als Beschleuniger für den Ausbau der erneuerbaren Energien dienen. Die klare Botschaft vonseiten des Bundes ist auch in den Kommunen angekommen und setzt dort Impulse. So nimmt unter anderem die Kölner Solaroffensive Fahrt auf.

Die Stadt Köln hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu sein. Ein wichtiger Baustein ist dabei der Ausbau regenerativer Energien: die sogenannte „Solaroffensive". Ziel ist hierbei, zum einen den Ausbau von Fotovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden, Schulen und Sporthallen zu beschleunigen. Zum anderen soll die Installation von Solaranlagen im privaten Bereich durch Fördermöglichkeiten möglichst vielen Bürger*innen schmackhaft gemacht werden. Um insbesondere den Ausbau von Fotovoltaik (PV) in Köln weiter voranzubringen, wurde das bereits seit über drei Jahren laufende Förderprogramm „Altbausanierung und Energieeffizienz – klimafreundliches Wohnen" weiterentwickelt. Das neue Förderprogramm heißt „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien – klimafreundliches Wohnen" und ist Anfang April 2022 in Kraft getreten. Der Topf der Fördermittel wurde beachtlich vergrößert: Statt einer Million Euro ist er auf 20 Millionen Euro angewachsen. Kölns neuer Dezernent für Umwelt, Klima und Liegenschaften, William Wolfgramm, begrüßte den Schritt: „Unser neues Förderprogramm könnte aktueller nicht sein. Es ist gut, dass es jetzt an den Start geht. Wir wollen möglichst viele Hauseigentümer*innen dabei unterstützen, Energie einzusparen und so unser Klima zu schonen. Jede installierte Solaranlage auf Kölner Dächern zählt auf dem Weg zur Klimaneutralität."

Umstieg finanziell attraktiv

Die neue Kölner Förderrichtlinie orientiert sich an den geänderten Förderbedingungen der Bundes- und Landesförderung, um Abläufe zu vereinfachen. Darüber hinaus werden eigene kölnspezifische Schwerpunkte gesetzt, die nicht durch Maßnahmen anderer Förderprogramme abgedeckt sind. Im Bereich der Solaroffensive winken attraktive Fördergelder. Bei PV-Anlagen liegt die Förderhöhe bei 250 Euro statt vormals 150 Euro pro Kilowatt-Peak (kWp). Bei Kilowatt-Peak handelt es sich um ein besonderes Maß, das ausschließlich zur Messung der Leistung von Fotovoltaikanlagen verwendet wird. Üblicherweise wird elektrische Leistung in Watt gemessen. Zur Erklärung: 1 kWp entspricht 1.000 Watt. Ein Beispiel: Die Stadt Köln würde die Installation einer PV-Anlage mit einer Anlageleistung von 10 kWp mit 2.500 Euro bezuschussen. Das entspricht einem Sechstel der gesamten Installationskosten von rund 15.000 Euro.

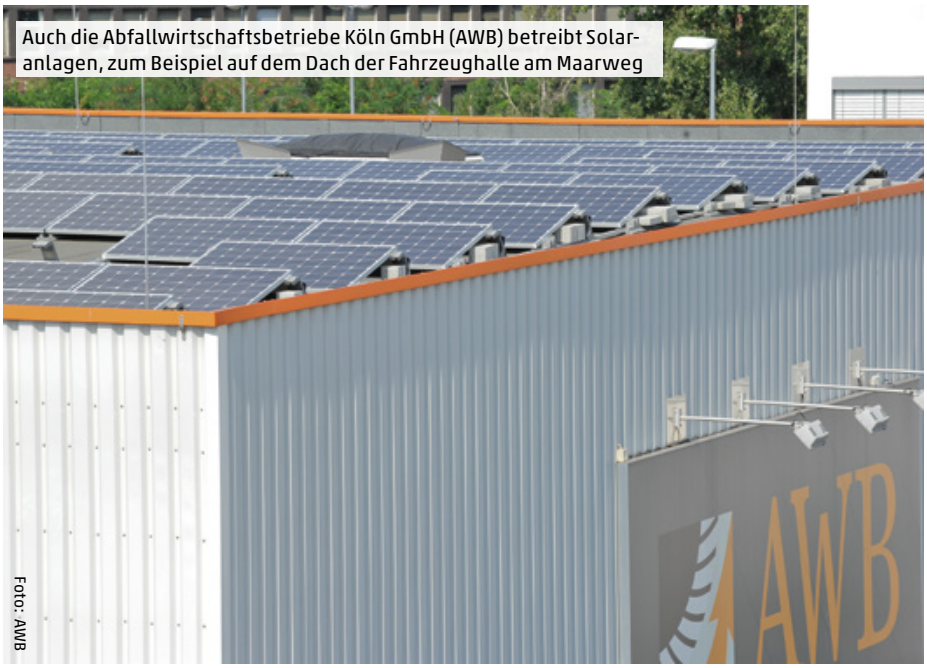
Weitläufige Bezuschussung

Neu bei den kölnspezifischen Maßnahmen ist es, dass nun auch förderfähige Batteriespeicher mit einer Förderhöhe von 150 Euro pro Kilowattstunde Bruttospeicherkapazität gefördert werden können. So kann der selbst erzeugte Solarstrom jederzeit im Bedarfsfall auch im Haushalt verbraucht werden. Die Bezuschussung geht noch weiter: Wenn gleichzeitig zur Installation einer PV-Anlage auch das Dach eine Begrünung im Rahmen des Förderprogramms „GRÜN hoch 3" der Stadt Köln erhält, gibt die Stadt noch weitere 50 Euro pro kWp dazu. Auch für Mieter*innen sind die Neuerungen von Belang, denn auch sie können Anträge auf Förderung von Steckersolargeräten in Höhe von bis zu 200 Euro stellen und auf diesem Weg den eigenen Stromverbrauch aus dem

Netz senken. Antragsverfahren sind in vereinfachter Form ab sofort online möglich. Oberbürgermeisterin Henriette Reker ruft die Kölner Bürgerschaft zum Mitmachen auf: „Das gesamte Handeln der Verwaltung ist darauf ausgerichtet, bis zum Jahr 2035 ein klimaneutrales Köln zu schaffen. Klar ist, dass wir dieses Ziel nicht allein erreichen können, sondern die Unterstützung aller Kölner*innen brauchen. Besonders im Bereich der Energieerzeugung muss der Umstieg auf saubere Energie schnell gelingen, um die Klimaziele zu erreichen. Mit dem neuen Förderprogramm schafft die Stadt Köln ein Angebot, um den Umstieg finanziell noch attraktiver zu machen."

Solar auf Gewerbedächern

Bisher bezieht sich die finanzielle Unterstützung rein auf den privaten Wohnbereich. Die Stadt Köln plant in einem nächsten Schritt, die neuen Förderschwerpunkte des Bundes zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien in das bestehende Förderprogramm zu integrieren und Fördermöglichkeiten im Bereich PV für Nichtwohngebäude, unter anderem Gewerbegebäude, zu entwickeln. Hier gilt es, weitere Beschlüsse des Bundes, insbesondere das „Sommerpaket", im Auge zu behalten. Kölner Unternehmen sollten also jetzt schon daran denken, wie sie sich auf die neue Situation vorbereiten. Unterstützung gibt es schon bald im neuen Kölner Solarberatungszentrum „Treffpunkt Solar" am Unternehmenssitz der RheinEnergie am Parkgürtel.



Auch die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH (AWB) betreibt Solaranlagen, zum Beispiel auf dem Dach der Fahrzeughalle am Maarweg

Foto: AWB

Stadt Köln setzt bereits auf PV

Fördermittel für Solaranlagen auf städtischen Gebäuden gibt es bisher keine. Dennoch wird die Umsetzung von PV und Objektbegrünungen von der Stadt Köln mit besonderem Augenmerk vorangetrieben. Es gibt sowohl eigene PV-Anlagen als auch Anlagen externer Investoren auf städtischen Dächern. Das technisch realisierbare Potenzial auf allen städtisch genutzten Gebäuden liegt bei etwa 150 Megawatt. Dabei beinhalten die 150 Megawatt nur die Dachflächen; die Potenziale an Fassaden wurden noch nicht erhoben. Auch städtische Beteiligungsgesellschaften, wie die AWB, betreiben eigene PV-Anlagen, unter anderem auf den Betriebshöfen in Kalk und Ehrenfeld. Es gibt sogar ein paar Papierkorb-Modelle mit Solarpanel im Stadtgebiet. Die erzeugte Energie wird benötigt, um die integrierte Presseinheit zu bedienen, die die Abfälle komprimiert. Es gibt viele Ideen und Anregungen, die jetzt von möglichst vielen Beteiligten umgesetzt werden müssen.

Astrid Waligura

ⓘ Informationen zum neuen Förderprogramm sowie Zugang zum Online-Antragsverfahren: www.stadt-koeln.de/gebaeudesanierung.de

Treffpunkt Solar vor der Eröffnung

Im neuen Solarzentrum können sich alle Kölner*innen sowie Vereine, Unternehmen und Wohneigentümergemeinschaften voraussichtlich ab Ende Mai 2022 rund um die Themen PV, Solarthermie, Wärmepumpen und Elektromobilität kostenfrei und unabhängig beraten lassen. Auch für Fragen zu Fördermöglichkeiten oder zur Stromvermarktung stehen kompetente Expert*innen vor Ort bereit. Alle Besucher*innen können im Treffpunkt Solar, dessen Kernstück ein nachhaltig gebautes Tiny House ist, das Wohnen mit Solarenergie hautnah erleben. Achim Südmeier, Vertriebsvorstand der RheinEnergie: „Der Krieg in der Ukraine führt uns dringlich vor Augen, dass wir uns unabhängiger von fossilen Energien machen und den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich beschleunigen müssen. Mit einer Solaranlage auf dem Dach kann jeder dazu einen Beitrag leisten. Wir als RheinEnergie stellen dazu gern unser Wissen und unsere Erfahrung zur Verfügung. Ich freue mich sehr, dass wir mit dem Treffpunkt Solar nun bald auch eine Solarberatung anbieten können. Damit schaffen wir ein in Köln einzigartiges Angebot." Garrelt Duin, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer zu Köln und ebenfalls Unterzeichner des Kooperationsvertrags zum Start des neuen Solarberatungszentrums „Treffpunkt Solar": „Nachhaltig zu wirtschaften, Ressourcen zu schonen und energetisch unabhängiger sein, gewinnt nicht nur in unserer Stadtgesellschaft enorm an Relevanz. Ohne Handwerk ist die Energiewende nicht umzusetzen: Im Zuge dieser Entwicklung gewinnen vor allem auch die klimarelevanten Handwerksberufe an Bedeutung. Fachkräfte, die beispielsweise Fotovoltaik-Anlagen installieren, warten und instand setzen. Umso mehr freut es mich, dass das gemeinsame Beratungszentrum Treffpunkt Solar nun greifbare Formen annimmt – und bereits in wenigen Wochen die ersten Beratungen dort stattfinden können."

GRENZEN DES WACHSTUMS ERREICHT

Mojib Latif zeigt in seinem neuen Buch „Countdown“ Lösungen gegen die Klimakrise auf

Foto: © Jan Steffen, GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel

Mojib Latif mahnt in seinem neuen Buch "Countdown" unter anderem Wirtschaftsunternehmen weltweit dringend zum ökologischeren Handeln auf

Mojib Latif ist Professor am GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel, Präsident der Deutschen Gesellschaft Club of Rome und Klima-Autor. Unter anderem hat er den Bestseller „Heißzeit“ (2020) verfasst. DIE WIRTSCHAFT hat mit dem 67-Jährigen über sein neues Buch „Countdown“ gesprochen. Mojib Latif geht unter anderem darauf ein, inwieweit gerade die Wirtschaft hinsichtlich der aktuellen Klimakrise umdenken muss.

DIE WIRTSCHAFT: Es sind schon so viele Bücher über den Klimawandel verfasst worden. Warum brauchen wir „Countdown“?

Mojib Latif: Der Club of Rome veröffentlichte 1972, vor jetzt 50 Jahren, den Bericht „Die Grenzen des Wachstums“. Der Klimawandel ist ein Beleg dafür, dass wir die Grenzen des Wachstums erreichen. Andere Belege wären das Artensterben oder die Vermüllung der Ozeane mit Plastik. Sie alle haben den Mangel an Nachhaltigkeit als Ursache. Wir leben im Hier und Jetzt und denken nicht darüber nach, was unser Handeln für andere Weltregionen oder für die nachfolgenden Generationen bedeutet. Einer der Mitbegründer des Club of Rome, der italienische Industrielle Aurelio Peccei, forderte eine kulturelle Revolution. Unser Geist hätte nicht mit der technologischen Entwicklung Schritt gehalten. Zeigt nicht auch der schreckliche Krieg in der Ukraine, dass eine kulturelle Revolution nötiger denn je ist? Wir dürfen das Schicksal der Erde nicht den Putins, Trumps oder Xi Jinpings dieser Welt überlassen.

DIE WIRTSCHAFT: Was muss passieren, damit wir in puncto Klimakrise endlich vom Wissen ins Handeln kommen?

Mojib Latif: Um die großen Krisen zu lösen, denen sich die Welt gegenübersieht, zu denen die Klimakrise zählt, braucht es systemisches Denken. Wir müssen alle gesellschaftlichen Bereiche zusammen denken. Umwelt, Wirtschaft und Soziales sind eng miteinander verwoben. Nur wenn es allen drei Bereichen gut geht, wird es uns Menschen gut gehen. Wir müssen erkennen, dass Umwelt- und Klimaschutz riesige Chancen bieten. Und die Menschen müssen es spüren. Nehmen wir die Energiewende. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte die Stromkosten senken. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sollten zuallererst die Subventionen für die konventionellen Energien abschaffen. Dies würde auch finanzielle Spielräume für notwendige Investitionen und weitere Entlastungen schaffen.

DIE WIRTSCHAFT: Inwieweit muss gerade die Wirtschaft hinsichtlich des Klimawandels umdenken?

Mojib Latif: Ich stehe zur sozialen Marktwirtschaft. Sie müsste sich allerdings zu einer ökosozialen Marktwirtschaft entwickeln. Es gibt im heutigen Wirtschaftssystem viele Fehlanreize. Nicht nachhaltiges Handeln wird belohnt, zulasten der Umwelt und damit zulasten aller Menschen. Wir können den Planeten nicht beliebig ausbeuten und stressen. Das muss die Wirtschaft erkennen, bevor sie vom Mangel und von den Umweltveränderungen in die Knie gezwungen wird. Kurzfristiges Denken muss überwunden werden, wie auch die Gewinnmaximierung um jeden Preis. Die Wirtschaft muss langfristiger denken und sich schnellstens von den fossilen Energien verabschieden, zu ihrem eigenen Nutzen und vor allem um eine Klimakatastrophe abzuwenden.

DIE WIRTSCHAFT: Welche konkreten Ideen haben Sie für Unternehmen, ökologischer zu denken?

Mojib Latif: Das hängt vom Unternehmen ab. Eine Solaranlage auf dem Dach, die Elektrifizierung des Fuhrparks oder das Abschalten von Stand-by-Einrichtungen können den Energieverbrauch senken. Mitarbeitermotivation ist wichtig, die man durch Schulungen oder Angebote, wie Jobtickets für den öffentlichen Nahverkehr, steigern kann. Pauschal betrachtet müssen Unternehmen effizienter produzieren. Das senkt Kosten, verringert Abhängigkeiten und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit. Zeigt nicht gerade der Krieg in der Ukraine, wie wichtig der sparsame Umgang mit den Schätzen der Welt ist. Langfristig benötigen wir eine Kreislaufwirtschaft. Jeder Abfall – seien es Klimagase wie CO_2 oder Plastik – ist ein Zeichen für Verschwendung. Die Ressourcen der Erde sind endlich.

DIE WIRTSCHAFT: Auf welche unumkehrbaren Veränderungen in unserer Weltwirtschaft werden wir uns einstellen müssen?

Mojib Latif: Der Krieg in der Ukraine deutet an, dass es eine neue Weltordnung gibt. Es stehen sich ein autokratischer Block ohne Freiheit, der von China und Russland angeführt wird, und ein demokratischer gegenüber, zu dem die USA und die Europäer zählen. Rohstoffe werden als Waffen genutzt werden. Hinzu kommen die sich vergrößernden Umweltprobleme, wie die Klimakrise mit ihren gravierenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Ein Land wie Deutschland muss eine radikale Effizienzoffensive starten, seine Lieferketten diversifizieren und gewisse Produktionskapazitäten im eigenen Land aufbauen. Schließlich muss die demokratische Welt wirtschaftlichen Druck auf Länder wie Russland oder China ausüben, damit diese ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. China ist der größte CO_2-Verursacher mit einem Anteil von fast einem Drittel an den weltweiten Emissionen.

DIE WIRTSCHAFT: Bei aller Schwarzmalerei: Wo sehen Sie Zeichen der Hoffnung?

Mojib Latif: Erstens, die Lösungen existieren, um die drängenden Umweltprobleme zu meistern. Eine globale Energiewende wäre innerhalb weniger Jahrzehnte möglich. Erneuerbare Energie ist rentabel und unbegrenzt verfügbar. Das Geld für die Anschubinvestitionen wäre vorhanden. Zweitens, die Aufmerksamkeit für Umweltthemen nimmt zu, in der Bevölkerung, in der Politik und in der Wirtschaft. Drittens, es gab einige wegweisende Gerichtsurteile, wie das des Bundesverfassungsgerichts, das mehr Generationengerechtigkeit beim Klimaschutz angemahnt hatte. Viertens, das scheinbar Unmögliche ist möglich. Wer hätte ein paar Jahre vor dem Mauerfall gedacht, dass er bevorsteht? Wer hätte vor ein paar Jahrzehnten den Siegeszug des Mobiltelefons oder der erneuerbaren Energien vorhergesagt? Alles ist möglich, wenn wir es wollen.

Astrid Waligura

Foto: Herder Verlag

Der „Countdown“ läuft

Welche Folgen wird der Klimawandel haben? Gibt es noch eine Chance, das Ruder herumzureißen? Mit diesen und weiteren Fragen hinsichtlich der Klimakrise beschäftigt sich Mojib Latif in „Countdown“ (erscheint am 16. Mai 2022 im Herder Verlag).

RheinEnergie

150 Jahre kölsche Offenheit. Für 150 Tage Programm.

Besucht uns in der Südstadt am Wasserwerk Severin. Unser Jubiläumsprogramm findet ihr auf: 150jahre.koeln

150 Jahre für Stadt und Region

FLIESSENDER KRISENÜBERGANG

Stresstests für Wirtschaft und Politik

Foto: creativemarioborek - stock.adobe.com

Hohe Energie- und Kraftstoffpreise belasten Betriebe und Pendler massiv

Es ist ziemlich genau zwei Jahre her, seit im Lockdown das gesamte Land heruntergefahren wurde und das öffentliche Leben und weite Teile der Wirtschaft zum Erliegen kamen. Nachdem sich die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft verringert haben, folgt durch den Ukraine-Krieg die nächste Krise, die Energiekrise. Das wirkt sich auf vorherige Wachstumsprognosen aus.

Die Projektgruppe „Gemeinschaftsdiagnose“, bestehend aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München in Kooperation mit der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF), dem Institut für Weltwirtschaft Kiel (IFW Kiel) und dem RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Kooperation mit dem Institut für Höhere Studien in Wien, erwartet in ihrem Frühjahrsbericht für das Jahr 2022 ein geringeres Wachstum als zuvor angenommen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in schwierigem Fahrwasser und durchläuft die höchsten Inflationsraten seit Jahrzehnten, gerade die Preise für Energie sind im Vergleich zum Vorjahr dramatisch angestiegen. An den Zapfsäulen kosten beispielsweise ein Liter Benzin oder Diesel teils über 50 bzw. über 60 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Nun haben die Wirtschaftsinstitute ihren Ausblick deutlich nach unten korrigiert, da die Erholung von der Coronapandemie durch den Krieg in der Ukraine deutlich gebremst wird. Die Projektgruppe „Gemeinschaftsdiagnose“ erwartet daher für 2022 und 2023 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 2,7 bzw. 3,1 Prozent. Sollten die russischen Gaslieferungen mit sofortiger Wirkung ausbleiben, würde das die deutsche Wirtschaft im aktuell laufenden und im folgenden Jahr etwa 220 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung kosten, wie die Institute errechnet haben.

Verzögerter Erholungsprozess

„Der Erholungsprozess der deutschen Wirtschaft verzögert sich abermals. Das Konjunkturbild ist geprägt durch gegenläufige konjunkturelle Strömungen, die allesamt preistreibend wirken”, sagt Stefan Kooths, Vizepräsident und Konjunkturchef des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW Kiel), und erläutert: „Der Wegfall der Pandemiebeschränkungen sorgt für konjunkturellen Auftrieb. Dämpfend wirken die Nachwehen der Coronakrise, weil Lieferketten immer noch unter Stress stehen. Die Schockwellen durch den Krieg in der Ukraine belasten die Konjunktur sowohl angebots- wie nachfrageseitig. Schon die staatlichen Hilfspakete während der Pandemie haben preistreibend gewirkt. Die Verteuerung wichtiger Energierohstoffe nach dem russischen Überfall facht den Preisauftrieb weiter an.”

Besonders groß ist die Unsicherheit in der deutschen Wirtschaft bei der Frage, ob die wichtigen Gaslieferungen aus Russland weiterlaufen werden oder es zu einem Embargo kommt. Daher haben die Institute in ihrem Frühjahrsgutachten zwei Szenarien für die konjunkturelle Entwicklung berechnet. Das erste Szenario erfasst fortgeführte Gaslieferungen ohne weitere ökonomische Eskalationen (Basisszenario). Des Weiteren sieht das andere Szenario einen sofortigen Stopp russischer Gaslieferungen vor (Alternativszenario). Sollte das Basisszenario eintreten, wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 einen Zuwachs von 2,7 Prozent verzeichnen. Tritt ein sofortiger Lieferstopp von Gas ein, wären es nur 1,9 Prozent. Sowohl das Basisszenario wie auch das Alternativszenario gehen allerdings gegenüber dem Herbstgutachten aus dem Vorjahr von einem deutlich geringeren Wachstum des BIPs aus. Im Vorgutachten war noch mit einem Zuwachs von 4,8 Prozent gerechnet worden. Die nun stattgefundene Revision geht dabei vor allem auf die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und den ungünstigen Pandemieverlauf im zurückliegenden Winter zurück. Die Institute gehen für das Jahr 2023 von einer Steigerung des BIPs von 3,1 Prozent aus. Sollte es zu einem Lieferstopp bei Gas kommen, also das Alternativszenario eintreten, prognostiziert die Projektgruppe ein Wachstum von 2,2 Prozent. Im Fall eines sofortigen Embargos für russisches Gas beschreibt das Frühjahrsgutachten einen kumulierten BIP-Verlust allein in den beiden Jahren 2022 und 2023 auf etwa 220 Milliarden Euro. Dies würde mehr als 6,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung entsprechen.

Foto: Marcus Retkowietz - stock.adobe.com

Energieintensive Betriebe leiden besonders unter hohen Energiepreisen, bspw. Stahlwerke

Inflation wird hoch bleiben

Die Institute rechnen für das laufende Jahr 2022 mit einer Inflationsrate von 6,1 Prozent. Dies wäre der höchste Wert seit 40 Jahren. Sollte es zu einem Lieferstopp für russische Energieimporte kommen, würde die Inflationsrate laut Projektgruppe sogar 7,3 Prozent erreichen. Dies wäre dann der höchste jemals ermittelte Wert seit Bestehen der Bundesrepublik. Für das Jahr 2023 rechnen die Experten mit einer etwas moderateren Inflationsrate von 2,8 Prozent. Im Fall eines Energieembargos im Alternativszenario könnten es bis fünf Prozent werden. Beide Werte würden weiterhin deutlich über der durchschnittlichen Inflationsrate seit der Wiedervereinigung liegen. „Der Prozess beschleunigter Inflation hat bereits vor einem Jahr eingesetzt, und der Krieg in der Ukraine verschärft den Preisauftrieb zusätzlich. Dabei kommen die starken Rohstoffpreisanstiege erst nach und nach auf der Verbraucherstufe an. Allerdings treiben nicht nur höhere Energiepreise die Teuerung. So nimmt der heimische Preisruck – gemessen am Deflator des Bruttoinlandsproduktes – in beiden Prognosejahren mit über drei Prozent deutlich zu, und auch die Kernrate der Inflation dürfte im kommenden Jahr noch bei 3,1 Prozent liegen“, schreiben die Autoren der Gemeinschaftsdiagnose. Beim Blick auf den Arbeitsmarkt gehen die Wirtschaftsinstitute für 2022 von einer Arbeitslosenquote von 5,0 Prozent im Basisszenario aus, nachdem die Quote bei 5,7 Prozent im Vorjahr lag. Sollte das Alternativszenario eintreten, rechnen die Experten mit einer Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent für 2022 und 6,0 Prozent für 2023 – es wird davon ausgegangen, dass im Fall einer größeren Belastung für die Konjunktur die Auswirkungen im Wesentlichen über eine Reduzierung der Arbeitszeiten aufgefangen werden würden.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose rechnet für 2022 damit, dass sich das Defizit der öffentlichen Haushalte verringern wird, da Pandemiehilfen auslaufen, die Staatseinnahmen im Zuge des Aufschwungs wieder ansteigen und die Sondervermögen für Klimaschutz und Verteidigung nur in geringem Maße abfließen werden. Die Institute prognostizieren für 2022 ein Defizit von 52,2 Milliarden Euro und für das Folgejahr 2023 von 27,9 Milliarden Euro. Sollte es zu einem sofortigen Lieferstopp kommen und durch eine geschwächte Wirtschaft Staatseinnahmen sinken, liegt die Prognose bei gut 76 Milliarden Euro Defizit für 2022. Dies würde zwei Prozent in Relation zum BIP entsprechen. Im Jahr 2023 wäre das Defizit noch höher und würde auf etwa 160 Milliarden Euro anwachsen, was knapp über vier Prozent in Relation zum BIP entsprechen würde. Sämtliche Prognosen gehen davon aus, dass der Krieg in Europa nicht über die Grenzen der Ukraine hinausgeht, der bewaffnete Konflikt militärisch und politisch andauern und derzeit geltende Sanktionen aufrechterhalten werden.

„Bei einem Stopp der Gaslieferungen droht der deutschen Wirtschaft eine scharfe Rezession. Wirtschaftspolitisch käme es dann darauf an, marktfähige Produktionsstrukturen zu stützen, ohne den Strukturwandel aufzuhalten. Dieser wird sich für die gasintensiven Industrien auch ohne Boykott beschleunigen, da die Abhängigkeit von den bislang günstig zu beziehenden russischen Lieferungen so oder so rasch überwunden werden soll”, so Kooths. „Auch die Hilfen für private Haushalte zum Abfedern hoher Energiepreise sollte die Politik nur sehr zielgerichtet dosieren. Werden solche Hilfen auf breiter Front ausgereicht, treibt das zusätzlich die Inflation und torpediert den wichtigen Lenkungseffekt höherer Energiepreise. Das verschärft wiederum die Probleme einkommensschwacher Haushalte und erhöht die gesamtwirtschaftlichen Kosten.”

Christian Esser

Foto: PX Media - stock.adobe.com

Können wir uns ein Embargo überhaupt leisten?

SCHWIERIGE BEDINGUNGEN

Bauunternehmen zwischen vielen Aufträgen und Preissteigerungen

Foto: gopixa -stock.adobe.com

Die Auftragsbücher sind voll - doch Bauunternehmen plagen viele Probleme

Ein erster kurzer Blick auf die Zahlen der Baukonjunktur sieht gar nicht so schlecht aus. Die Auftragsbücher sind voll. Nach der schwierigen Zeit während der ersten Pandemiejahre blickte die Branche wieder auf freundlichere Tage und profitierte wieder von steigenden Umsätzen. Doch von einer Krise geht es postwendend in die nächste. Der Ukraine-Krieg wirkt sich massiv auf das Baugewerbe aus.

„Die Bauunternehmen sind bei guter Auftragslage und günstigen Witterungsbedingungen dynamisch in das Baujahr 2022 gestartet. Das zeigen die Daten des Statistischen Bundesamtes zur Konjunkturentwicklung im Bauhauptgewerbe zum Februar 2022. Demnach lag der Umsatz in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten per Februar bei 11,1 Mrd. Euro. Das waren 23,5 Prozent mehr als vor einem Jahr. Dabei ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass wir im Vorjahr eine niedrige Basis hatten, da es infolge der Absenkung der Mehrwertsteuer zu Vorzieheffekten in 2020, gerade im Wohnungsbau, gekommen war“, berichtet Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe. „Auch der solide Orderzugang per Februar mit +9 Prozent signalisiert einen gelungenen Start in das Jahr. Allerdings bilden die Februardaten nicht die aktuelle Situation nach der Aggression Russlands gegen die Ukraine Ende Februar ab. Die Sanktionen gegen Russland und ausbleibende Importe aus der Ukraine haben zu neuerlichen Problemen bei der Verfügbarkeit und erheblichen Preiserhöhungen von Baustoffen geführt. So berichten nach unserer aktuell laufenden Konjunkturumfrage 80 Prozent der Unternehmen über Lieferschwierigkeiten bei Material.“

Massive Preissteigerungen

Das Baugewerbe ist massiv von den Preissteigerungen betroffen. Unter den Bauunternehmen wächst zunehmend der Pessimismus, dass sich die Lage nach den beiden schwierigen Coronajahren wieder dauerhaft beruhigen könnte. Bauen wird aufgrund der massiv gestiegenen Energiepreise deutlich teurer und war es in Deutschland auch schon zuvor. „Das betrifft insbesondere stahl- und erdölbasierte Produkte wie Bitumen, Kunst- und Dämmstoffe. Gerade hier verzeichnen wir erhebliche Preiserhöhungen, die die Unternehmen auch versuchen müssen, an die Kunden weiterzugeben. Bei laufenden Verträgen ist das problematisch. Und bei neuen Verträgen geben das die Budgets der Kunden nicht immer her. So kommen angebahnte Verträge jetzt häufig nicht mehr zum Abschluss und zur Umsetzung. Weniger als ein Viertel unserer Bauunternehmen erwarten in 2022 noch höhere Umsätze, gut 40 Prozent hingegen niedrigere Umsätze als in 2021. Uns steht ein schwieriges Jahr bevor“, so Pakleppa weiter. Neben den laufenden Verträgen sinkt außerdem die Nachfrage aufgrund der hohen Preise. Darüber hinaus ist es für die Bauunternehmen schwer, wichtige Materialien zu beschaffen, da viele Lieferketten immer noch oder bspw. aufgrund des Lockdowns in Schanghai erneut wegbrechen. Die schwierigen Bedingungen der Baubranche wirken sich nun zunehmend auf die impulsgebenden Faktoren aus, die maßgeblich die Auftragsbücher füllten. „Das gilt insbesondere für den Wirtschaftsbau und den öffentlichen Bau. Aber auch der Wohnungsbau, bisher Impulsgeber der Bauwirtschaft, verliert an Schwung. Das abrupte Förderaus bei der KfW-Förderung bringt Bauherren in Schwierigkeiten, ihre Finanzierungen darzustellen. Unsere Unternehmer berichten schon seit dem 1. Förderstopp im Januar über eine nachlassende Beauftragung. Es muss jetzt politisch alles getan werden, damit die Rahmenbedingungen besser werden und das Bauen

günstiger und einfacher wird“, betont der Hauptgeschäftsführer abschließend.
Allerdings gibt es auch positive Signale für die Baubranche. Denn mit mehr als 40.500 Lehrlingen im gesamten Bau konnten mehr Auszubildende gewonnen werden. Der Fachkräftemangel in der Branche bleibt aber weiterhin ein akutes Problem. Seit 2017 verzeichnet der ZDB steigende Lehrlingszahlen im Bauhauptgewerbe. Über 14.500 junge Menschen haben 2021 ihre Ausbildung am Bau begonnen, 2,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. „Die Lehrlingszahlen belegen, dass die Bauwirtschaft nicht nur ein attraktiver Arbeitgeber ist, sondern jungen Menschen eine sichere Perspektive für ein aktives Berufsleben bietet“, so Pakleppa. „In vielen Branchen werden immer weniger Ausbildungsverträge geschlossen. Das deutsche Baugewerbe stemmt sich erfolgreich gegen diesen Trend. Unsere Unternehmen bilden insgesamt rund 80 Prozent aller Branchenlehrlinge aus.“ Der beliebteste Ausbildungsberuf in der Bauwirtschaft ist der Zimmerer. Mehr als 8.000 Menschen absolvieren derzeit diese Ausbildung. Maurer und Straßenbauer liegen auf den Positionen dahinter.

Bund will mehr Wohnraum schaffen

Und es muss beim Wohnungsbau insbesondere richtig geklotzt und nicht gekleckert werden. 400.000 neue Wohnungen pro Jahr hat sich die Ampelkoalition in Berlin zum Ziel gesetzt. „Wir haben keine Zeit zu verlieren. Wohnraum in Deutschland ist so knapp und teuer wie nie zuvor. Gemeinsam sind Politik, Wirtschaft und Verbände in der Verantwortung, diese prekäre Lage zu beenden und Wohnen zu einem Stabilitätsfaktor unserer Demokratie zu machen. Die nächsten Jahre muss es einen deutlichen Schub nach vorne auf dem Wohnungsmarkt geben. Dabei nehmen wir die aktuellen Probleme wie anhaltende Lieferengpässe durch die Pandemie und steigende Baukosten, u. a. durch den Ukraine-Krieg, ernst. Wir sind kein Show-Bündnis. Wir müssen liefern und deshalb ab jetzt bauen“, so Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.
Ende April kamen unter dem Vorsitz der Bundesministerin Geywitz zahlreiche Akteure mit ihren Unternehmen, Verbände und Landesvertreter zusammen, die maßgeblich die Wohnungspolitik bestimmen, die eine gemeinsame Erklärung zur Konstituierung des „Bündnisses bezahlbarer Wohnraum“ unterzeichneten. Neben den 400.000 neuen, bedarfsgerechten und klimafreundlichen Wohnungen jährlich (100.000 davon öffentlich gefördert) werden weitere Ziele verfolgt. Die Bündnismitglieder wollen ihre Kräfte bündeln, um ihren eigenen Beitrag in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich zu leisten. So sollen auch über den sozialen Wohnungsbau hinaus zahlreiche, dauerhaft bezahlbare Wohnungen entstehen. Zudem soll durch Umwidmung, Aufstockung und Nachverdichtung weiterer Bestand geschaffen werden, was insbesondere für die Ballungsräume von großer Bedeutung ist. Zudem soll eine Investitions- und Innovationsoffensive die Voraussetzungen für den zügigen Bau von Wohnungen schaffen. Dazu sollen Planungsprozesse beschleunigt, notwendiges Bauland mobilisiert und Baukosten begrenzt werden. Öffentliche Förderangebote sollen für Planungssicherheit sorgen. Zudem ist der Klimaschutz im Gebäudesektor ein gleichrangiges Ziel der Politik. Die öffentliche Hand will hierfür einen verlässlichen Finanzierungsbeitrag leisten. „Wir begrüßen den Auftakt des Bündnisses, um Fördermaßnahmen für den Wohnungsbau in Deutschland voranzutreiben. Die krisenerprobten Unternehmen des deutschen Baugewerbes haben die Ärmel hochgekrempelt, denn das Ziel von 400.000 Wohnungen ist äußerst ehrgeizig und ambitioniert. Aber die Folgen des Ukraine-Krieges, die Sanktionen gegen Russland und die gestörten Lieferketten belasten zunehmend die hiesige Baukonjunktur. Wir sehen schlimmere Engpässe bei vielen Baumaterialien als in der Hochphase der Pandemie. Gleichzeitig explodieren Energie- und Materialpreise. Der Wohnungsbau verliert bereits an Schwung. In der aktuellen Situation braucht es jetzt wetterfeste Reformen und durchgreifende Maßnahmen, damit das Bauen günstiger, schneller und unkomplizierter wird“, so Reinhard Quast, ZDB-Präsident.

Christian Esser

Foto: jal306-stock.adobe.com

Es braucht mehr Raum, genauer Wohnraum - die Planungen laufen

emil weber
SICHER SEIT 1920
BRANDMELDEANLAGEN
SICHERHEITSTECHNIK
KOMMUNIKATIONSTECHNIK
MIDAS-LEITSTELLE
emil weber GmbH & Co. KG · Kornmarkt 14 – 16 · 57072 Siegen
Tel.: 0271 23063-0 · E-Mail: info@emilweber.de
www.emilweber.de

POLIS CONVENTION 2022

Kommunen zeigen ihre Konzepte der Stadt- und Projektentwicklung

Foto: © moderne stadt GmbH / Michael Lübke Fotografie

V.l.n.r.: Andreas Röhrig (moderne stadt), Markus Greitemann (Stadt Köln), Ministerin Ina Scharrenbach (mhkbg NRW), Reimar Molitor (Region KölnBonn e.V.), Oberbürgermeisterin Henriette Reker (Stadt Köln), Michael Rauterkus (Stadt Düsseldorf), Johannes Busmann (polis Convention)

Auf der Messe für Stadt- und Projektentwicklung „polis Convention" haben sich in Düsseldorf zahlreiche Kommunen präsentiert. Unter dem Motto „Nichts als die Wahrheiten – wir denken, wir sollten reden" wurde besonders den Fragen nachgegangen, welchen Wahrheiten die Stadt- und Projektentwicklung mit Hoffnung begegnen dürfen und welche Wahrheiten ein Umdenken erfordern.

Seit 2015 stellen Städte und Landkreise auf der „polis Convention" ihre Projekte in den Bereichen Stadt-, Regional-, Standort- und Immobilienentwicklung vor. Die Fachmesse bietet eine bundesweite Plattform für urbane Innovationen und Visionen. Über die ausstellenden Kommunen hinaus ist die Messe insbesondere für Aussteller und Fachbesucher aus den Bereichen Projektentwicklung, Investment, Wirtschaftsförderung, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Architektur sowie Unternehmen, die an der Gestaltung urbaner Räume beteiligt sind, ein wichtiger Termin im Kalender. Neben Köln waren auch viele andere Städte und Kreise auf der Messe vertreten, beispielsweise auch Leverkusen oder der Rheinisch-Bergische Kreis. So stellte der Rheinisch-Bergische Kreis beispielsweise seinen Masterplan für die Burscheider Innenstadt vor, Leverkusen sein integratives Handlungskonzept Leverkusen-Wiesdorf und die Stadt Köln präsentierte unter anderem ihr Projekt „Lebenswertes Chorweiler Köln". „Die polis Convention ist eine der interessantesten Messen für die Themen Stadt- und Projektentwicklung bundesweit. Noch dazu ist sie in Nordrhein-Westfalen beheimatet und daher für uns als regionale Genossenschaftsbank ein idealer Ort, um Geschäftspartner, Investoren und Projektentwickler zum persönlichen Austausch zu treffen", sagte Axel Quell, Bereichsleiter bei der VR Bank eG Bergisch Gladbach-Leverkusen. Neben dem Masterplan für die Burscheider Innenstadt präsentierte der Rheinisch-Bergische Kreis weitere Projekte, wie die interkommunale Zusammenarbeit von Burscheid und Wermelskirchen in Hilgen, die Innenstadtentwicklung in Leichlingen, die Umgestaltung des Sülztalplatzes in Rösrath, das Modellvorhaben „Alte Kaplanei" in Odenthal, den Agger-Park am Bahnhof in Overath sowie die Planungen für das Hüpptal in Wermelskirchen. Der Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach nahm bereits zum vierten Mal an der polis Convention teil.

Neben dem integrierten Handlungskonzept Leverkusen-Wiesdorf (InHK), das der Mittelpunkt des Messestands der rechtsrheinischen Stadt war, wurden weitere Projekte präsentiert. Die zukunftsfähige Umgestaltung der City Leverkusen durch öffentliche und private Projekte läuft. Die Stadt Leverkusen zeigte dazu das Flächenentwicklungsprojekt „MontanusQuartier" in zentraler Innenstadtlage, das von einem privaten Investor auf den Weg gebracht wird. Eine Entwicklungsstudie für die Luminaden, die in den 1970er-Jahren entstanden, wurde beauftragt, um die Revitalisierungspotenziale dieser Großstruktur aus den 60er-Jahren zu untersuchen und herauszuarbeiten. Erste Ergebnisse der Studie werden Anfang 2023 erwartet. Dieses Projekt erfolgt ebenfalls als Kooperation zwischen Stadt, Eigentümern und Betreibern. „Insbesondere das erhebliche private Engagement für die City Leverkusen zeigt, dass die großen Entwicklungspotenziale auch durch Eigentümer und

Investoren erkannt und genutzt werden – Leverkusen behauptet sich weiterhin als attraktiver Investitionsstandort“, sagt Leverkusens Baudezernentin Andrea Deppe zu den Standortqualitäten der Stadt.

Award für Köln

Das Projekt „Lebenswertes Chorweiler Köln“ (NPS) hat bei der Fachmesse „polis Convention“ den 1. Preis in der Kategorie „Lebenswerter Freiraum“ erhalten. Das Projekt „Lebenswertes Chorweiler – ein Zentrum im Wandel“ ist Bestandteil des übergeordneten Strukturwandels im zentralen Bereich des Kölner Stadtteils. Das Projekt wird aufgrund seiner Bedeutung für den Erneuerungsprozess über das Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ vom Bund gefördert. Das Programm ist ein mehrstufiges Verfahren und dank einer intensiven und innovativen Bürgerbeteiligung konnte im Verlauf eine Vielzahl von Ideen und Wünschen an die Platzgestaltung formuliert und entwickelt werden. Diese Vorschläge wurden dann in der Neugestaltung der Platzräume Pariser Platz, Liverpooler Platz und Lyoner Passage eingebracht und in die Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungskonzepts für die Großwohnsiedlung überführt. „Ich freue mich sehr über die Auszeichnung für diesen für Köln so wichtigen Stadtteil“, erklärt Oberbürgermeisterin Henriette Reker: „Die neuen Plätze in Chorweiler sorgen dafür, dass die Bürger*innen in die kulturelle Vielfalt eingebunden und auch verbunden werden. Sie bedeuten eine Aufwertung der Lebensqualität und tragen so dazu bei, dass die Menschen sich stärker mit ihrem Veedel identifizieren. Die neuen Plätze sind der erste Schritt, Chorweiler zu einem Stadtteil zu machen, über den sich in der Zukunft alle freuen werden. Der erste Platz beim ‚polis award‘ zeichnet diese städtebaulichen Erfolge aus – aber ebenso das große Engagement, das hinter dem Wandel steht.“

Weitere Einblicke in Kölns Projekte

Gemein mit der Stadt Köln präsentierten sich: Art Invest Real Estate Management GmbH & Co. KG, BNP Paribas Real Estate GmbH, Die Wohnkompanie NRW GmbH, GAG Immobilien AG, Greif & Contzen Immobilien GmbH, KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH, Lang & Cie Rhein-Ruhr Real Estate AG, Lenz und Johlen Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH, OSMAB Holding AG, Pandion AG, RBL RheinBauLand AG, RheinEnergie AG, Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR und die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH. Die Stadt Köln war bei der polis Convention zum siebten Mal in Folge mit einem Messestand vertreten. Neben dem ausgezeichneten Projekt präsentierte die Domstadt weitere Projekte. Dazu zählte unter anderem ein 11 x 4 Meter großes Bild zum neuen Stadtteil Kreuzfeld, das eine Visualisierung des städtebaulichen Entwurfs „The Woodhood – Kreuzfeld Gartenstadt 2.0“ zeigte. Darüber hinaus konnten sich die Besucher auf dem Messestand über weitere vielfältige Bau- und Planungsprojekte der Rheinmetropole der Kölner Perspektiven 2030+ informieren. „Unsere Stadtstrategie ‚Kölner Perspektiven 2030+‘ ist ein Kompass für die Stadtentwicklung, der den Anforderungen an die notwendige Transformation der Stadt entspricht. Eine Messe wie die polis Convention hat eine große Bedeutung. Sie löst dabei bei der Bedeutung als regionale Veranstaltung teilweise große Immobilienmessen wie die Expo Real in München ab. Die für den Austausch wichtige Plattform erfährt in der Branche eine große Zustimmung“, sagte Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Städtebauliche Maßnahmen sind in Köln allerdings nicht ganz so einfach. Die Stadt sei als Autostadt nach dem Krieg aufgebaut worden, wie die Nord-Süd-Fahrt zeige, die sich als Schneise durch die Stadt zieht. „Wir haben schwierige Bedingungen, aber auch eine erstklassige Chance auf Veränderung. Die guten Rahmenbedingungen beflügeln das. Wir verfügen über einen guten Branchenmix und eine wachstumsstarke Wirtschaft, die von vielen Startups belebt wird. Nach Hamburg ist Köln die smarteste Stadt in Deutschland, die schon früh auf Digitalisierung gesetzt hat. Dazu kommen weltweit beachtete Events und die 100.000 Studenten in der Stadt. Außerdem ist Köln ein einzigartiger Gesundheitsstandort. Damit haben wir die volle Kraft, die wir nutzen können, um den Wandel zum urbanen Lebensraum des 21. Jahrhunderts entschlossen anzugehen“, erläuterte Reker. Es brauche einen langen Atem beim Städtebau, so auch beim Ziel der Klimaneutralität in Köln bis 2035.

Foto: Silke Ratte (RBW)

Der Rheinisch-Bergische-Kreis präsentierte sich mit einem eigenen Stand auf der polis Convention

Als strategische Partnerin am Stand der Stadt Köln trat auch die „moderne stadt“ auf und lud erst mal in eine eigene Lounge ein. In den eigenen „vier Wänden“ präsentierte das Unternehmen seine gesamte Bandbreite der Projekte, bspw. das „Clouth-Quartier“, die Neue Mitte Porz oder den Deutzer Hafen. Großes Augenmerk lag dabei auf einem Modell des Deutzer Hafens im Maßstab 1:100, das das Potenzial der Konversion vom Industrieareal in ein gemischt genutztes, nachhaltig urbanes Stadtquartier verdeutlichen sollte. Noch im Jahr 2022 sollen erste Baufelder im Hafen über Konzeptqualifikationen veräußert werden.

Christian Esser

Anzeige

RAN ANS BÜRO!

Visitenkarte statt Orte der Arbeitsverrichtung

Foto: Victor zastolskiy - stock.adobe.com

Zufriedene Mitarbeiter, effizientes Arbeiten – dieses Büro schlägt mehrere Fliegen mit einer Klappe

Die Homeoffice-Euphorie ebbt mit dem Ende der Lockdowns ab. Unternehmen sollten die Erfahrungen aus der Krise nutzen. Büroflächen bleiben als Basis der Unternehmensidentität unverzichtbar, sollten sich aber ändern.

Zum Höhepunkt der Pandemie war oft vom Ende des klassischen Büros und entsprechend von deutlichen Rückgängen beim Flächenbedarf zu lesen. Davon kann keine Rede mehr sein. Als einer der führenden Vermittler von Büroflächen in Deutschland und auch in Köln haben wir das Ohr direkt am Gleis – und stellen eine deutliche Erholung der Nachfrage fest. Der Flächenleerstand verharrte auch in Köln selbst in den Hochphasen des Lockdowns auf einem sehr niedrigen Niveau. Zahlreiche größere Anmietungen der öffentlichen Hand führten in den letzten Monaten zur Absorption großer Flächenleerstände. In der City ist das Angebot an kleineren Flächen sehr überschaubar, und auch hochwertige Objekte in guten Lagen weisen kaum Leerstände auf. Die Mieten für diese Flächen sinken nicht, wie viele erwartet hatten. Im Gegenteil: Sie steigen.

Überdosis Homeoffice ist schädlich

Das Ende der Homeoffice-Euphorie kommt für Insider nicht überraschend. Eine Ursache ist in der „Heimarbeit“ selbst zu finden. Denn Homeoffice wirkt in der Überdosis schädlich: Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung stellte fest, dass die Hälfte der Erwerbstätigen ihre Situation im Homeoffice als stark oder äußerst belastend bewerten. Einer Umfrage der Dekra zufolge verursacht die „Heimarbeit“ bei 41 Prozent der befragten Frauen und 32 Prozent der Männer gesundheitliche Probleme.

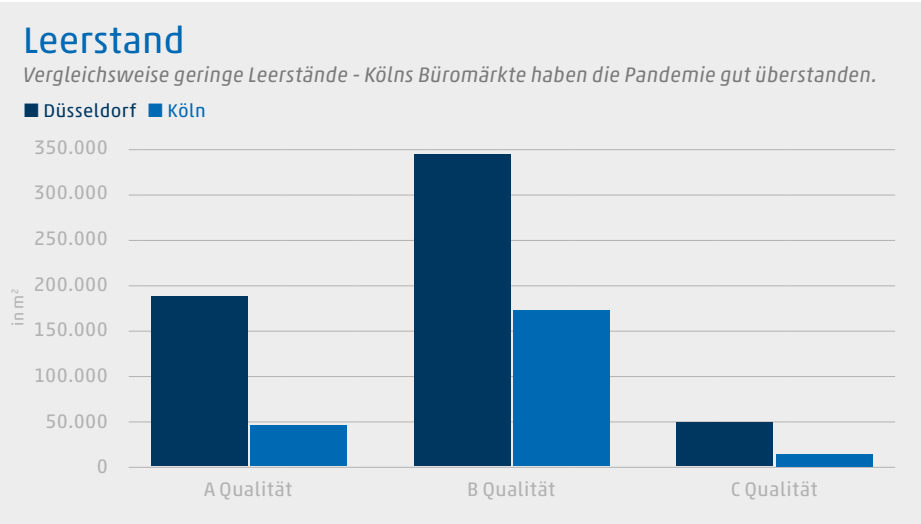
Das ist kein rein deutsches Phänomen. Internationale Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Arbeitnehmer beklagen neben zusätzlicher Arbeitsbelastung und schlechten räumlichen Verhältnissen den Verlust von Kollegenkontakten und dem Zusammengehörigkeitsgefühl.

Diese beiden letztgenannten Kritikpunkte am Homeoffice illustrieren auch die eigentliche, für einige Unternehmen womöglich auch in Teilen neue Rolle des Büros. Der Trend geht weg vom konzentrierten Arbeiten im stillen Kämmerlein und hin zum agilen Teamwork. Deshalb sollten Unternehmer nicht einfach das Ende der Homeoffice-Phase ausrufen und die Hände in den Schoß legen. Denn die betroffenen Arbeitnehmer haben zwar den persönlichen Kontakt und den direkten Austausch vermisst. Sie haben aber auch Vorteile der Arbeit an anderen Orten schätzen gelernt (falls sie das nicht ohnehin schon wussten).

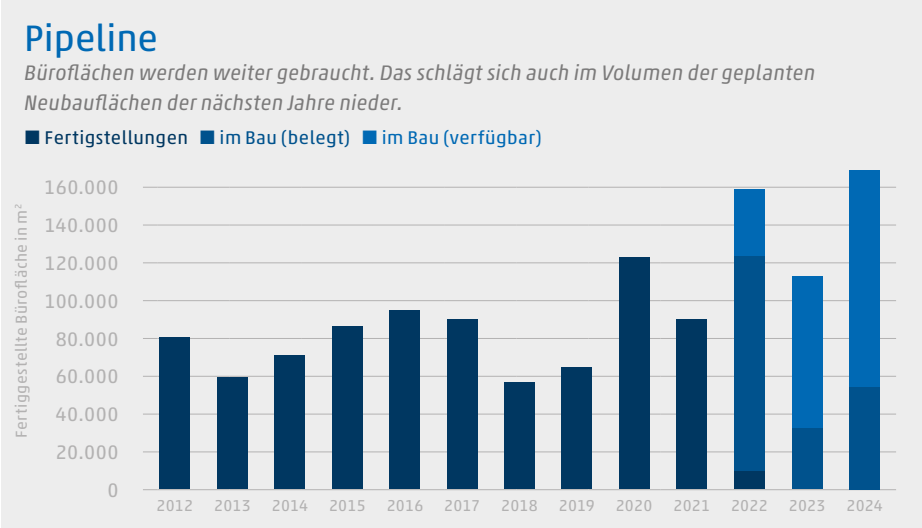
Hybride Arbeitsmodelle und digitalisierte Prozesse

Eine einfache Faustformel lautet: Niemand kehrt gern in schlechte Büros zurück. Eine zweite: Attraktive Arbeitswelten werden im Wettbewerb um fähige Mitarbeiter immer wichtiger. Sie helfen, neue Arbeitnehmer anzuziehen und gute Mitarbeiter zu halten. Beide Erkenntnisse sind an sich nicht neu, treten nun aber deutlicher zutage. Neu ist eine andere Erfahrung: Unternehmen müssen resilient, das heißt widerstands- und anpassungsfähig gegenüber überraschend eintretenden Veränderungen sein. Die Coronapandemie beispielsweise war ein externer Schock, den so zuvor niemand vorhersehen und einplanen konnte. Diese Erkenntnis hat weitreichende Konsequenzen. Die Zukunft gehört digitalen Workflows, sie gehört agilen, wandlungsfähigen Organisationsformen.

Und sie gehört hybriden Arbeitsmodellen. Auch wenn es in den meisten Fällen keinen Sinn macht, Mitarbeiter fünf Tage die Woche daheim arbeiten zu lassen – fünf Tage im Büro werden wir ebenfalls immer seltener sehen. Die Losung heißt „work from anywhere“. Die technische Ausrüstung da-



Quelle: Colliers



Quelle: Colliers

für ist längst nicht mehr fest und immobil in Gebäuden stationiert. Wir tragen sie mit uns herum. Das Büro hingegen nimmt die Funktion des Lagerfeuers ein. Dort treffen wir uns, dort tauschen wir uns auch informell aus, dort gehen wir gemeinsame Projekte an. Wenn der Arbeitgeber alles richtig macht, fühlen wir uns dort wohl.

Darin liegt auch die große Chance, die Unternehmen gerade jetzt in der Transformationsphase hin zu hybriden Modellen haben. Denn wenn Unternehmensziele, Ablauf- und Aufbauorganisation, Büroräume und die gelebte Unternehmenskultur miteinander in Einklang stehen, sind die Mitarbeiter an einem sinnstiftenden Ganzen beteiligt und identifizieren sich mit „ihrem“ Unternehmen. Die Gestaltung der Büroflächen spielt auf dem Weg zu diesem Ziel eine zentrale Rolle.

Der Weg zum attraktiven Gesamtkonzept

Wie sollten Unternehmen diese Herausforderung angehen? Die Mitarbeiter zurück ins Büro zu beordern und zusätzlich ein oder zwei Tage Homeoffice anzubieten, sollte nur der erste Schritt sein. Wir empfehlen, die Situation zu nutzen, um Workflows weiter zu digitalisieren und dabei die mittlerweile eingeübten digitalen Kommunikationstechniken als festen Bestandteil in die Workflows zu integrieren. Das Büro sollte im Rahmen eines „work from anywhere“ ein nicht nur notwendiger, sondern auch beliebter Treffpunkt der Teams und Kristallisationspunkt der Unternehmenskultur sein. Dazu bedarf es in der Regel differenzierter Flächenangebote für unterschiedliche Nutzungen, die konzentriertes Arbeiten, Kommunikation in Präsenz und online sowie Rückzugsmöglichkeiten vorhalten. Soweit dies nicht bereits gegeben ist, sollte ein am Bedarf des Unternehmens orientiertes Flächennutzungskonzept erstellt werden. Dies führt dann zur konzeptionellen Planung der Flächenzuschnitte und -bedarfe. All dies sollte im kontinuierlichen Austausch mit den Mitarbeitern geschehen, damit nicht der Eindruck entsteht, die Geschäftsleitung wolle vollendete Tatsachen schaffen und dann erst darüber sprechen.

Attraktive Büros zeichnen sich durch entsprechende Ausstattungen und hochwertige Kommunikationstechniken aus. Erfahrungsgemäß lassen sich aber immer an Budget und Aufgabenstellung gleichermaßen orientierte Lösungen finden.

Einige Unternehmen nutzten die Homeoffice-Phase zur Reduzierung der angemieteten Fläche. Das mag im Einzelfall sinnvoll sein. Generell aber geht die Gleichung „Mehr Homeoffice gleich weniger Büroflächenbedarf“ nicht auf! Einsparungen an der quantitativen und qualitativen Ausgestaltung der Arbeitsplätze mindern die Attraktivität des Unternehmens für seine Mitarbeiter. Der bereits erwähnte Wettbewerb um Talente spitzt sich zu. Zahlreiche Unternehmen spüren den Fachkräftemangel schon jetzt. Diese Entwicklung wird sich weiter zuspitzen. Optimierte Flächenkonzepte dienen deshalb nicht nur der erhöhten Produktivität und Arbeitseffizienz. Sie sind auch die Visitenkarte des Unternehmens bei der Personalakquise.

Mögliche Einsparungen bei den reinen Büroflächen sollten deshalb dazu genutzt werden, die Gesamtfläche im oben beschriebenen Sinne der Nutzungsvielfalt attraktiver zu gestalten. Dass es nicht vorrangig darum geht, Miete zu sparen, ist in der Welt der Corporates offenbar weitgehender Konsens. Einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft unter mehr als 1.200 Unternehmen zufolge plant nur eine kleine Minderheit die Reduzierung der Büroflächen. Dies hat allerdings womöglich damit zu tun, dass zwei Drittel der befragten Unternehmen nach Corona nicht mehr Homeoffice ermöglichen wollen als vor der Krise. Mit anderen Worten: Sie wollen die Krise überstehen, aber nicht nutzen. Wir empfehlen statt eines solchen taktischen ein strategisches Herangehen an das Thema Bürofläche.

Colliers Köln
Kaiser-Wilhelm-Ring 15, 50672 Köln
Tel. +49 221 986537-0

Foto: Colliers

Gastautor: Herwig Lieb

Warum sich Unternehmen mit ihren Büroflächen beschäftigen sollten:

- Arbeitnehmer vergleichen ihren Arbeitsplatz im Unternehmen stärker mit ihren Homeoffice-Erfahrungen und stellen höhere Ansprüche;
- Unternehmenskultur, Teamwork, agile Projektarbeit und zunehmend digitale Prozesse müssen auch räumlich abgebildet und ermöglicht werden;
- im „war for talents“ wird das Büro zur Visitenkarte des Unternehmens im Wettbewerb um fähige Mitarbeiter;
- die Gestaltung der Arbeitsplätze sollte die Resilienz von Unternehmen stärken, indem sie schnelle Reaktionen auf veränderte Marktumfelder und Rahmenbedingungen ermöglicht;
- Einspareffekte sind möglich, sollten aber nicht im Vordergrund stehen.

MITTELSTANDSGIPFEL BENENNT PROBLEME

Energiekosten, Lieferkettenproblem und Fachkräftemangel als Kernthemen

Die Folgen der Corona-Pandemie spürt die Wirtschaft noch - mit dem Ukraine-Krieg kommen noch weitere Probleme hinzu

Anfang Mai fand der „Mittelstandsgipfel" des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz mit Bundesminister Robert Habeck statt. Hierbei gab es einen konstruktiven und offenen Austausch. Kernthemen waren diesmal die stark gestiegenen Energiekosten, Lieferkettenprobleme sowie der Fachkräftemangel.

Die Wirtschaft dümpelt aktuell von Krise zu Krise. War für kurze Zeit Licht am Ende des Pandemie-Tunnels mit all den Beschränkungen für die Wirtschaft und das öffentliche Leben, kommt im direkten Anschluss der Ukraine-Krieg mit seinen Auswirkungen. Schon vor Kriegsbeginn zogen die Energiepreise spürbar an, die Inflation klettert aktuell auf ein Niveau, das es seit den 1970er-Jahren nicht mehr gab. Die Unternehmen leiden darunter und müssen die Kosten für die höheren Preise kompensieren – und diese Mehrkosten tragen unterm Strich die Endverbraucher. Hilfen für die Wirtschaft sind beschlossen, Entlastungspakete sollen die Unternehmen unterstützen, um ihre Liquidität zu bewahren. Ein geplantes Embargo von russischen Öl-Importen könnte die Preisspirale bei den Energiepreisen noch weiter nach oben treiben. Preise für Benzin und Diesel von deutlich über zwei Euro sind keine Seltenheit – eine Situation, die voraussichtlich noch deutlich länger anhalten wird und sich sogar noch verschärfen könnte.

Neben den hohen Kosten für Energie spüren die Unternehmen weiterhin pandemiebedingte Störungen bei Lieferketten. Erholt sich die Lage, kommt hier direkt der nächste Schock für die Betriebe, bspw. durch den flächendeckenden Lockdown in der chinesischen Wirtschaftsmetropole Schanghai, in der eine Vielzahl deutscher Unternehmen Standorte haben. Transporte aus den Häfen verzögern sich, weil Hafenanlagen und Terminals geschlossen wurden – Schiffe mit Lieferungen stehen im Stau. Dies führt bei manchen Betrieben zu einer „Stakkato-Produktion". Wenn Rohstoffe oder Vorprodukte endlich ankommen, wird kräftig produziert. Nachdem diese verarbeitet sind, muss die Produktion wieder zwangsweise ruhen. Dies führt zu hohen Kosten, die neben der Energieproblematik zusätzlich die Preise treiben und die Betriebe insgesamt belasten.

Ein weiteres wichtiges Thema des Mittelstandsgipfels war der Fachkräftemangel. In zahlreichen Branchen gibt es nicht ausreichend Fachkräfte, um offene Stellen zu besetzen. Die Coronapandemie hat die Entwicklung beim Fachkräftemangel sogar noch verschärft. Ausbildungszahlen lagen in den vergangenen beiden Jahren teils deutlich unterhalb des Niveaus vor der Pandemie. Die Kombination aller drei Punkte, die hohen Energiepreise, schwierige Verhältnisse bei Lieferketten und der Fachkräftemangel, haben große und vor allem negative Auswirkungen für die Betriebe.

Bund will Betrieben helfen

„Insgesamt muss man sagen, dass die deutsche Wirtschaft [...] unter hohem Druck steht. Die verschiedenen Krisen kombinieren sich, türmen sich übereinander", beschreibt Bundeswirtschaftsminister Habeck die Lage der Unternehmen. Die Coronakrise, die hohen Energiepreise, fehlende Fachkräfte und aus dem Takt geratene Lieferketten würden sich übereinandertürmen, so der Minister. Die Unternehmen fordern aktives Eingreifen des Staates und wünschen sich Hilfe. Doch für eine erste Phase müssten die Unternehmen erst einmal mit den hohen Energiepreisen leben und diese tragen müssen, bevor sie diese an die nächste Branche und damit die Endkunden weitergeben können. Der Staat will den Betrieben mit insgesamt fünf Programmen helfen. Doch ein Allheilmittel gegen die hohen Preise sind diese Hilfestellungen nicht. „Die Lieferketten sind durch den Krieg erneut brüchig, brüchiger noch als vorher geworden", so Habeck. Die Unternehmen arbeiten mit Hochdruck daran, Lücken zu schließen. Den Fachkräftemangel bezeichnete Habeck als „eklatant". „Wir werben an, wir bilden aus. Wir versuchen diese Lücken zu schließen", so der Minister. Doch der Druck, der auf der Wirtschaft liege, sei enorm. „Wir haben eine wirtschaftspolitische Drang- und Druckzeit, die wir gerade erleben in Deutschland", beschrieb Habeck die aktuelle Lage. Mit Blick auf mögliche Embargos von Gas und Öl müsse man bedacht handeln, um nicht „ökonomische Katastrophen" zu produzieren. Hier müsse man auch die globalen Märkte beobachten. „Wenn ein Öl-Embargo dazu führt, dass wir zwar (als Europäer) der russischen Wirtschaft einen gewissen Schaden zufügen, der Schaden aber überkompensiert wird, weil der Ölpreis weltweit durch die Decke geht und man mit weniger Ölexporten noch mehr Einnahmen staatlicherseits, und zwar russischerseits, verbuchen kann", so der Minister, würde dies Putin unterm Strich mehr helfen als eine Fortführung weiterer Importe der EU-Länder.

Schwierige Situation für alle Branchen

„Die hohen Energiekosten belasten auch die IT-Branche. So entstehen beispielsweise 50 Prozent der Betriebskosten eines Rechenzentrums durch die Stromkosten. Diese sind bei uns in Deutschland allein durch Abgaben deutlich höher als in den Nachbarländern. Dazu kommt, dass Rechenzentrumsbetreiber nicht als ‚energieintensiv' gelten und somit nicht von staatlichen Abgaben befreit sind. Unserer Meinung nach leisten die Rechenzentren des IT-Mittelstands einen essenziellen Beitrag zur digitalen Souveränität Deutschlands und Europas. Im internationalen Vergleich sinken aber bereits die Kapazitäten der deutschen Rechenzentren. Das gilt es im Interesse der Sicherung unserer digitalen Souveränität zu verhindern. Zumindest klimafreundliche Rechenzentren müssen bei der aktuellen Preisexplosion von weiteren Abgaben entlastet werden", so Oliver Grün, Präsident des Bundesverbands IT-Mittelstand e. V. (BITMi). Er fügt hinzu: „Auch der Fachkräftemangel spitzt sich weiter zu. Betroffen davon ist insbesondere die IT-Branche, für die die Ukraine ein wichtiger Standort ist. Der dortige IT-Sektor ist seit 2017 jährlich im Schnitt zwischen 20 und 30 Prozent gewachsen. Durch viele technische Universitäten ist die Ausbildung gut und gleichzeitig sind Entwicklungskosten in der Ukraine außerhalb der EU günstiger. Von den Tech-Nationen in Zentral- und Osteuropa gehört die Ukraine mit über 200.000 IT-Fachkräften zu den führenden Partnern, die über Outsourcing-Projekte viel für unsere heimische IT-Wirtschaft arbeiten."

Christian Esser

Anzeige

AUF DER SUCHE NACH NEUEM PERSONAL?

Unterstützung durch die Kölner Arbeitsagentur möglich

Foto: Bundesagentur für Arbeit

Die Kölner Agentur für Arbeit gewährt Zuschüsse zur Qualifizierung von bereits Beschäftigten sowie Eingliederungszuschüsse für neu eingestellte Arbeitnehmer

Strategische Personalplanung ist heute so wichtig wie nie. Demografischer Wandel, Internationalisierung der Arbeitsmärkte, Nachhaltigkeit und Transformation beeinflussen das Geschehen am Arbeitsmarkt. All diese Themen im Blick zu halten ist herausfordernd für jedes Unternehmen. Wie aber gutes Personal finden und an das Unternehmen binden?

Die Agentur für Arbeit Köln bietet dafür unterschiedliche Lösungen an:

Qualifizierung von Beschäftigten

Das Unternehmen investiert in die Fortbildung der bereits Beschäftigten, gefördert durch Zuschüsse zum Arbeitsentgelt und Weiterbildungskosten.

Qualifizierung einer Neueinstellung

Wird ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin ohne Berufsabschluss eingestellt, wird der Erwerb des Berufsabschlusses finanziell unterstützt – mit einem Zuschuss von bis zu 100 Prozent des Arbeitsentgeltes sowie der Übernahme der Schul- und Prüfungsgebühren.

Eingliederungszuschuss bei Neueinstellung

Wird eine grundsätzlich qualifizierte Arbeitskraft neu eingestellt, die noch in kleinere oder unternehmensspezifische Themen eingearbeitet werden muss, kann dieser Mehraufwand bei der Einarbeitung mit einem Eingliederungszuschuss kompensiert werden.

Der Arbeitgeber-Service der Agentur für Arbeit Köln steht neben individuellen Anfragen auch zu weiteren Fragen der Personalrekrutierung, Weiterbildung oder der strategischen Personalplanung zur Verfügung. Beratungstermine können vereinbart werden unter der Rufnummer 0800 4 5555 20 (gebührenfrei) oder per E-Mail unter Koeln.Arbeitgeber@arbeitsagentur.de.

Weitere Infos unter: www.arbeitsagentur.de/vor-ort/koeln/unternehmen

FC GEHT AUF EU-TOURNEE

Überraschend stark bestreitet der Fast-Absteiger der Vorsaison die aktuelle Bundesligarunde

Foto: AlexWeis

Das RheinEnergieSTADION ist endlich wieder die Festung früherer Jahre und für so manch gedrehtes Spiel ausschlaggebend

Der zu Saisonbeginn aus Paderborn gekommene Trainer Steffen Baumgart hat seine Philosophie vom offensiven Pressing-Fußball der Mannschaft exzellent vermittelt. Erstaunlich dabei: Dasselbe Personal, das es in 2021 unter Retter Friedhelm Funkel erst durch die Relegation zum Klassenerhalt schaffte, überzeugte heuer durch zahlreiche gute Leistungen und hätte bei zwei, drei unentschieden verlaufenen Spielen durchaus auch als Sieger vom Platz gehen und somit noch das ein oder andere Pünktchen mehr auf dem Konto haben können.

Tiefpunkt der Saison war das 0:5 in Hoffenheim am 8. Spieltag. Danach fanden die Geißböcke aber zu der Form, die sie durch eine sehr gute Rückrunde trug. Erklärungen dafür gibt es einige. Die letzten Heimspiele fanden wieder vor vollbesetzten Rängen statt. Das Publikum als 12. Mann – im RheinEnergieSTADION eine feste Größe. Erzrivale Borussia Mönchengladbach konnte zweimal bezwungen werden. Dem 4:1 in Köln folgte ein 3:1 am Niederrhein. Der FC schaffte es auch, nach Rückständen Spiele zu drehen.

Kontinuierliche Entwicklung bei den meisten Spielern

Außerdem konnte sich unter Baumgart jeder Spieler weiterentwickeln und sich verbessern. Wohl bestes Beispiel Rechtsverteidiger Benno Schmitz, der auch in der Offensive starke Akzente setzt und fünf Assists auf sein Konto gebucht hat. Anthony Modeste wurde vom Trainer mit dem Markenzeichen hellgraue Schiebermütze wieder starkgeredet. Der Angreifer revanchiert sich mit Toren – bisher 19 an der Zahl. Dazu kommen vier Torvorlagen. Der Torwartwechsel, der sich während der Saison vollzog, kam in erster Linie aufgrund einer Verletzung Timo Horns zustande. Ersatzmann Marvin Schwäbe machte seine Sache allerdings so gut, dass er von Baumgart zumindest für den Rest der Saison zur neuen Nummer 1 bestimmt wurde. Das tat der Mannschaft ebenso gut wie das Formhoch von Salih Özcan, der inzwischen in der türkischen A-Nationalmannschaft debütierte.

Aber auch auf anderen Clubebenen hat es Veränderungen gegeben. Alexander Wehrle, der zurück zum VfB Stuttgart wechselte, wurde durch Philipp Türoff ersetzt. Er verantwortet die finanziellen Geschicke des Vereins. Für die sportlichen Belange des Vereins ist seit dem 1. April 2022 Christian Keller zuständig, der von Jahn Regensburg an den Rhein wechselte.

Auf ihrer Agenda dürfte auch das Wort Nachwuchsleistungszentrum stehen. Die ursprüngliche Planung sah vor, dieses in unmittelbarer Nähe zum Geißbockheim auf der Gleueler Wiese zu bauen. Doch dieses Vorhaben ist unter die Räder der Kölner Politik geraten. Ihre Vorschläge als Alternativen: ein Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft zum geplanten Großmarkt in Marsdorf. Oder die Bebauung im Umfeld der Bezirkssportanlage Bocklemünd. Sicherlich ein Fingerzeig, der erkennen lässt, was der Stadtspitze eines der größten Kölner Markenzeichen wert ist.

„Wenn wir es schaffen können, dann sollten wir es auch versuchen“

Bereits vor dem letzten Spieltag stand fest, dass der Kölner Fußballclub mitsamt seinem bekannten Logo Geißbock Hennes die neue Saison auch international angehen wird. Auch daran hat Steffen Baumgart seinen Anteil. Denn er verkündete selbstbewusst nach dem positiven Saisonverlauf Wochen zuvor die Teilnahme am Europapokal als das neue Ziel. Frühere Trainer auch in anderen Vereinen waren froh, wenn sie das vorgegebene Saisonziel von 38 Punkten und damit den Verbleib in der Liga geschafft hatten. „Wenn wir es schaffen können, dann sollten wir es auch versuchen“, lautete hingegen die Marschrichtung des Trainers, der damit dem Team eine neue Mentalität einpflanzte, aber auch rund ums Geißbockheim für frischen Wind sorgte.

Auf europäischer Bühne mitzuspielen ist finanziell äußerst lukrativ. Wer sich für die Gruppenphase der Europa League qualifiziert, bekommt eine Startprämie von über 3,6 Millionen Euro. Jeder Sieg ist weitere 630.000 Euro wert. Als Gruppensieger würden weitere 1,1 Millionen Euro auf das Vereinskonto fließen. Wichtiges Geld, das für Neuverpflichtungen eingesetzt werden kann. Denn die sind nötig, um den Kader weiter zu verbessern. Die kommende Saison mit der Dreifachbelastung Liga, DFB- und Europapokal wird kräftezehrend. Auf der anderen Seite: Wer international im Geschäft ist, ist natürlich eine feine Adresse und hat Neuzugängen interessante Perspektiven zu bieten. Na ja, und nicht zuletzt Steffen Baumgart ist ein Pfund, mit dem man wuchern kann.

Heribert Eiden

VARIETÉ-THEATER MIT VIEL TRADITION

Ab dem 12. Mai lädt das Bonner GOP-Theater in die WunderBar, den Ort kühner Akrobaten

Foto: GOP

Frech, modern, sportlich und verrückt: Den Rollschuhakrobaten TJ Wheels bringt nichts aus dem Gleichgewicht

„In dieser Bar geschehen Wunder. Die WunderBar ist ein Ort der Begegnung kühner Akrobaten, Artistinnen und Illusionisten. Mit ihrem Können lassen sie Wundervolles entstehen. Hier trifft der Bartender auf die Femme fatale, der starke Mann auf die zarte Tänzerin, und über allem liegen Musik und eine Stimme mit Gänsehautpotenzial. Der künstlerische Direktor Werner Buss lässt gemeinsam mit Regisseur Detlef Winterberg und Co-Regisseurin Ruth von Chelius Wunder wahr werden. Für die WunderBar haben sie ein handverlesenes, internationales Ensemble eingeladen – willkommen!“

So liest sich die Ankündigung des neuen Programms des Bonner GOP-Theaters. Seit über 30 Jahren ist das Team in Bonn fest etabliert, viel länger noch am ersten Standort Hannover, wo das GOP seinen Ursprung hatte. Doch was verbirgt sich eigentlich hinter dem Kürzel GOP? Nun, es handelt sich dabei um drei Buchstaben aus dem Wort Georgspalast. Ein Geschäfts- und Bürohaus, das 1913 in Hannover fertiggestellt wurde. In den 1920er-Jahren avancierte das integrierte „Café-Restaurant Georgspalast“ zum neuzeitlichen Tanzcafé.

Alle Größen des Showbiz gastierten im GOP

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg waren alle nationalen und internationalen Größen des Showbusiness zu Gast an der Leine. Paul Hörbiger und Gert Fröbe waren hier ebenso unter Vertrag wie Josephine Baker, Olga Tschechowa und Heinz Erhardt. Und als Zarah Leander 1960 einen Monat lang im GOP gastierte, drängten sich Hunderte von schaulustigen Fans vor dem Eingang.

Der Schließung im Jahr 1962 folgte 30 Jahre später der Neuanfang durch die Familie Grote. Mit ein Grund für die Schließung war das immer stärker aufkommende Fernsehen, das für Unterhaltung der Menschen sorgte. Inzwischen ist die zweite Generation am Start, und die Nachfolge zur nächsten Generation ist auf den Weg gebracht. Das GOP – ein Familienunternehmen, wie es im Buche steht. Das auch mit den Folgen der Coronapandemie zu kämpfen hatte, aber nun wieder stolz auf das neue Programm blickt und neue Gäste erwartet. Auch in Bonn etablierte sich das GOP-Varieté als beliebte Kulturstätte. Sie befindet sich im Herzen des geschichtsträchtigen Bundesviertels, zwischen dem World Conference Center Bonn und dem ebenfalls neuen Vier-Sterne-Hotel Bonn Marriott World Conference Hotel, mit dem es räumlich verbunden ist.

Kreatives Interieur auf 3.000 Quadratmetern

Im Innern des Hauses sind die rund 3.000 Quadratmeter Gesamtfläche höchst kreativ eingerichtet. Warme Farben, elegante Dekoelemente und edle Hölzer verbinden sich zu einer stilvollen Kulisse. Das Interieur lädt zum Wohlfühlen ein. An der Bar im eindrucksvollen Foyer kann man sich wunderbar auf das Show-Erlebnis einstimmen.

Der große Varieté-Saal bietet Platz für 400 Gäste, die von stufenförmig angeordneten 8er-, 6er- und 4er-Tischen das Geschehen mit bestem Blick verfolgen können. Das helle GOP-Restaurant „Leander“ mit seinen 200 Sitzplätzen ist der Raum für ein gemütliches Essen oder einen entspannten Drink vor und nach der Vorstellung.

Für das aktuelle Programm „WunderBar“ hat das GOP wieder renommierte Künstler aus aller Welt verpflichtet. Mit Ruth von Chelius und Julia von Miller begleiten zwei exzellente Sängerinnen die Vorstellung mit beeindruckenden Stimmen. Total von der Rolle zeigt sich die Darstellung von TJ Wheels. Frech, modern, sportlich, dynamisch und verrückt sind die Attribute, mit denen man den Rollschuhakrobaten bedenken kann. Und er jongliert dabei perfekt. Ob auf Rollen, Brettern oder Pyramiden – TJ Wheels bringt nichts aus dem Gleichgewicht.

Auf Balance achtet auch Ava, die Dame in Grün. Eine geborene Femme fatale, eine balancierende Fakirin, eine Figur, entwickelt von der Künstlerin Orianne Bernard, die im Wechsel mit Aurélia Tastet diese Frau verkörpert. Aus Venezuela ist Winston Fuenmayor Teil des Ensembles. Ein Magier, ein Manipulierer, aber auch ein Purist, der sein Publikum ohne großen Schnickschnack in seinen Bann zieht. Viele weitere Akteure versprechen dem Publikum einen erlebnisreichen Abend, die Entführung in eine magische Welt, aber auch sportliche Höchstleistungen und akrobatische Körperbeherrschung.

Heribert Eiden

LEVERKUSEN HOCH IM KURS

Beste Entwicklung aller Städte in NRW

Foto: AfTo-stock.adobe.com

Leverkusen zeigt im NRW-Ranking eine besonders dynamische Entwicklung

Am 15. Mai wählt NRW einen neuen Landtag. Vor diesem Hintergrund hat das IW Köln eine Studie durchgeführt, um zu ermitteln, welche Städte und Kreise sich in NRW in den letzten Jahren am besten entwickelt haben. Dabei schnitt Leverkusen besonders gut ab und zeigte von allen untersuchten Städten und Kreisen die größte Dynamik.

Wie steht es um die Wirtschaftsstruktur? Wie entwickelt sich der Arbeitsmarkt und wo ist die Lebensqualität besonders hoch? Diesen Fragen ist das IW Köln nachgegangen und hat für den Zeitraum von 2018 und 2020 untersucht, welche Regionen sich am besten entwickelt haben. Leverkusen schnitt dabei im sogenannten „Dynamik-Ranking“, das die Entwicklung der Vergangenheit betrachtet, besonders gut ab, knapp vor den Städten Wuppertal und Dortmund. Der Hauptgrund für das besonders gute Ergebnis in Leverkusen: Die Stadt hat den Gewerbesteuerhebesatz erheblich gesenkt und mehr Steuern eingenommen. So zeigt es die Studie des IW Köln, für die die Ökonomen alle kreisfreien Städte und Landkreise hinsichtlich 14 unterschiedlicher Indikatoren untersucht haben. Im Dynamik-Ranking belegt Köln den sechsten Platz im NRW-Vergleich.

Dabei haben die Wissenschaftler nicht nur die Dynamik der Entwicklung der Städte und Kreise, sondern auch den Status quo untersucht. Dabei stellten die Ökonomen fest, dass sich NRW im Bundesvergleich insgesamt unterdurchschnittlich entwickelt, allerdings in den letzten fünf Jahren deutlich aufholen konnte. Das Land NRW landet im Niveau-Ranking, das alle Bundesländer betrachtet, auf dem 12. Platz, nur das Saarland, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Bremen liegen hinter NRW. Einige Kreise und Städte in NRW haben sich in den letzten Jahren allerdings besonders gut entwickelt und sind hervorzuheben. So belegt die Landeshauptstadt Düsseldorf mit ihrer diversen Wirtschaft und dem starken Arbeitsmarkt den ersten Platz im NRW-Ranking. Dahinter folgen das sich dynamisch entwickelnde Leverkusen und Bonn. Auf den hinteren Rängen des Niveau-Rankings liegen Gelsenkirchen und Duisburg. Das Problem der beiden Städte: Altschulden und hohe Gewerbesteuerhebesätze, die eine bessere Platzierung verhindern. Ein Blick auf den Zuzug neuer Einwohner verdeutlicht die wirtschaftliche Stärke und gut bezahlte Arbeitsplätze, die besonders in den Boom-Regionen Bonn und Düsseldorf zu finden sind. Diese Städte sind zwischen 2011 und 2020 am stärksten gewachsen. In dieser Wertung liegt Köln auf dem fünften Platz. Der Rheinisch-Bergische Kreis belegt den achten Rang.

Große Herausforderungen

Die IW-Auswertung verdeutlicht, dass sich einige Regionen in NRW in den letzten Jahren überdurchschnittlich gut entwickelt haben. „NRW steht nach der Coronapandemie und mit Blick auf den Krieg in der Ukraine aber vor großen Herausforderungen“, sagt Studienautor Hanno Kempermann und ergänzt: „Jetzt muss das Land zeigen, dass es weiter aufholen und den in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Kurs fortsetzen kann. Dafür muss NRW seine Stärken ausspielen: Der Anteil von Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungen ist bereits heute höher als im Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig hat NRW eine junge Bevölkerung. Hier muss die nächste Regierung ansetzen.“ Um für Unternehmen attraktiver zu werden, wirbt das IW Köln dafür, dass die Gewerbesteuersätze in den Städten und Kreisen gesenkt werden – deutschlandweit sind diese in NRW insgesamt am höchsten. Insgesamt attestieren die Autoren NRW ein gutes Ergebnis, sehen aber auch deutliches Potenzial für Verbesserungen: „Im Fazit, die zahlreichen Fortschritte in NRW in den letzten Jahren machen Hoffnung, aber Nachholbedarf und kommende Herausforderungen sind für die künftige Landesregierung nach wie vor groß – nicht zuletzt aufgrund verschlechterter demografischer und weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen.“

Grundlegend ist NRW beim Verkehr gut aufgestellt. Schon in der Antike war der Rhein ein dominierender Transportweg in Europa. Heute verfügt das Land über ein dichtes Straßennetz mit rund 29.500 Kilometer überörtlichen Straßen und zudem etwa 5.900 Kilometer Schienenweg. Hinzu kommt der Rhein als wichtiger Transportweg mit seinen Häfen, bspw. in Duisburg mit dem wichtigsten Binnenhafen Europas. Die Straße ist allerdings der wichtigste Handelsweg und bildet eine zentrale Schnittstelle zu globalen Handelsströmen ab. Allerdings schreiben die Autoren: „Dies soll aber nicht den Blick darauf verstellen, dass wichtige Industriebranchen in Nordrhein-Westfalen von

Foto: Guido - stock.adobe.com

Leverkusens Wirtschaft profitiert von niedrigen Gewerbesteuerhebesätzen

der Leistungsfähigkeit der anderen Verkehrsnetze abhängen. Die chemische Industrie ist auf die Nutzung von Rhein und westdeutschem Kanalnetz angewiesen, die Stahlindustrie auf einen funktionierenden Schienengüterverkehr. Leider sind beide Systeme derzeit kaum mehr in der Lage, ihre Rolle für den Industriestandort NRW zu erfüllen. Schleusenausfälle und Baustellen im Schienennetz haben im Jahr 2021 viele Verlader an die Grenzen ihrer Leidensfähigkeit geführt."

Schwieriges Thema Bildung

Kinder und Jugendliche mussten unter den Auswirkungen der Coronapandemie besonders leiden. Teils fiel der Präsenzunterricht wochenlang aus, auf Distanzunterricht waren Schulen teilweise nur dürftig eingestellt. Welche langwierigen Auswirkungen die zwei Jahre mit teils chaotischen Zuständen an den Schulen für die Heranwachsenden haben, kann derzeit noch nicht abgesehen werden – an welchen Stellschrauben künftig gedreht werden muss, um Bildung in NRW zu stärken, hat das IW Köln in seiner Studie in vier Handlungsempfehlungen für künftige Regierungen formuliert. Ein wichtiger Faktor ist dabei das Voranbringen der Digitalisierung an Schulen. Dazu bräuchte es mehr finanzielle Mittel für Leihgeräte für Schüler sowie Dienstgeräte für Lehrer. Die WLAN-Verfügbarkeit müsse verbessert werden, zusätzliche IT-Stellen an Schulen müssten geschaffen und Lehrkräfte besser für den Einsatz digitaler Technologien im Unterricht qualifiziert werden. Ein weiterer Punkt ist die Stärkung von MINT-Kompetenzen. Das Schulfach Informatik müsse ausgebaut werden, darüber hinaus müsse die MINT-Lehrkräfteversorgung sichergestellt werden. Als dritten Punkt empfehlen die Autoren der IW-Studie ein gezieltes und umfangreiches Corona-Aufholprogramm: „Um die negativen Effekte der Coronapandemie auf die Bildung der Schülerinnen und Schüler zu verringern und um die Bildungschancen zu erhöhen, sollten zunächst die Potenziale der Digitalisierung besser gehoben werden. Als Weiteres sind zusätzliche Fördermaßnahmen für die Schülerinnen und Schüler mit Lernverlusten durchzuführen. Hierzu sollten an allen Schulen und in allen Jahrgängen Vergleichsarbeiten durchgeführt werden, um den Umfang des Lernverlustes systematisch zu ermitteln." Als vierten Punkt wird der Ausbau der Ganztagsinfrastruktur in Kita und Schule empfohlen. Laut Berechnung von 2020 fehlen in NRW fast 100.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in NRW. Auch bei Ganztagsplätzen für Grundschüler gebe es einen Mangel.

Hohe Steuerbelastungen

Die Autoren der IW-Studie haben ermittelt, dass sich neue Unternehmen aufgrund einer unzureichenden Standortpolitik nicht in ausreichender Zahl in NRW ansiedeln. Ein Grund ist dafür offenbar die vielerorts hohe Steuerbelastung, unter der Betriebe in NRW leiden. Die Autoren schreiben dazu: „Von den 100 Gemeinden über 20.000 Einwohnern mit der höchsten Unternehmensteuerbelastung liegen 87 Kommunen in NRW. Umgekehrt befinden sich von den 300 Kommunen mit der geringsten Unternehmensteuerbelastung lediglich sieben Kommunen in NRW." Einige Kommunen an Rhein und Ruhr erheben dabei vergleichsweise besonders hohe Gewerbesteuerhebesätze. Hier sind bspw. die Ruhrstädte Duisburg, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen zu nennen, in denen die Steuersätze bei über 500 Prozent liegen – andere Kommunen orientieren sich eher am Mindesthebesatz von 200 Prozent. Allerdings ist die Gewerbesteuer nicht die einzige Steuerart, wo NRW besonders hohe Belastungen für die Wirtschaft schafft. Bei der Grundsteuer zeige sich ein ähnliches Bild wie bei der Gewerbesteuer, auch die Grunderwerbssteuer ist in keinem anderen Bundesland so hoch wie in NRW und liegt mit 6,5 Prozent fast doppelt so hoch wie in Bayern oder Sachsen, wo der Satz lediglich bei 3,5 Prozent liegt.

Christian Esser

Foto: Pro-Patho - stock.adobe.com

Das vielleicht wichtigste Großprojekt der Region ist die Leverkusener A1-Brücke

SCHUTZSCHILD FÜR FIRMEN

Bund beschließt Hilfe für Unternehmen

Foto: Shi-stock.adobe.com

Unternehmen, die wegen des Ukraine-Kriegs in finanzielle Schwierigkeiten geraten, sollen Hilfe vom Bund erhalten

Durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine ist die Verunsicherung bei vielen Unternehmen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Situation groß. Während die Sanktionen gegen Russland die Wirtschaft dort hart treffen sollen, merken auch viele deutsche Unternehmen die Auswirkungen. Viele haben ihre Russlandgeschäfte vorübergehend auf Eis gelegt oder ganz eingestellt, doch auch hier leiden viele Unternehmen unter den Auswirkungen des Krieges. Für diese hat der Bund nun einen „Schutzschild“ beschlossen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bundesfinanzminister Christian Lindner stellten ein umfassendes Maßnahmenpaket vor, mit dem Betriebe unterstützt werden sollen, die selbst von den Sanktionen gegen Russland und von dem Kriegsgeschehen in der Ukraine betroffen sind. Die Europäische Kommission hatte zuvor einen befristeten Krisenrahmen beschlossen und so die notwendigen Grundlagen für staatliche Hilfen geschaffen, um Unternehmen bei dieser herausfordernden Krisensituation zu unterstützen.

Besonders schwierig ist es derzeit für Unternehmen, liquide zu bleiben, dies betrifft insbesondere die Unternehmen, die aufgrund von Energielieferungen oder anderer Dinge in Vorkasse treten müssen. Seit der Coronakrise sind die Betriebe von gestörten Lieferketten belastet, zudem ziehen seit mehreren Monaten die Energiepreise dramatisch an und ein Ende dieser Preisspirale ist derzeit nicht in Sicht. Dabei hilft der Bund nun mit umfassenden Maßnahmen. Dazu zählt ein Kreditprogramm der KfW, über das kurzfristig die Liquidität betroffener Unternehmen sichergestellt werden kann. Unternehmen, egal wie groß, erhalten so Zugang zu zinsgünstigen und haftungsfreigestellten Krediten. Das Volumen für das Programm wird ca. sieben Milliarden Euro umfassen. Darüber hinaus soll es einzelne, bereits während der Coronapandemie eingeführte und erprobte Erweiterungen bei den Bund-Länder-Bürgschaftsprogrammen geben. Diese werden für Unternehmen, die nachweislich vom Ukraine-Krieg betroffen sind, fortgesetzt. Dies betrifft Bürgschaftsbanken und das Großbürgschaftsprogramm.

Der Schutzschild des Bundes sieht zudem vor, dass Vorsorge für den Fall getroffen wird, dass sich die wirtschaftliche Lage von Unternehmen verschlechtert. Dazu hat der Bund ergänzende Maßnahmen vorbereitet, um existenzbedrohende Situationen für einzelne Unternehmen abzuwenden. Unter anderem gibt es ein Programm zur temporären Kostendämpfung des Erdgas- und Strompreisanstiegs für besonders betroffene Unternehmen. Hierfür sind zeitlich befristete und eng umgrenzte Kostenzuschüsse vorgesehen. Zudem gibt es ein Finanzierungsprogramm für durch hohe Sicherheitsleistungen (Margining) gefährdete Betriebe. Dafür erarbeitet die Bundesregierung standardisierte Kriterien, um notleidenden Betrieben kurzfristig mit einer Bundesgarantie unterlegte Kreditlinien der KfW gewähren zu können. Hierfür ist ein Kreditvolumen von insgesamt bis zu 100 Milliarden Euro vorgesehen. Als weiterer Baustein dienen zielgerichtete Eigen- und Hybridkapitalhilfen. Hierbei handelt es sich um eine Option zur Stabilisierung von besonders relevanten Unternehmen. Hierzu prüft die Bundesregierung außerdem den gezielten Einsatz von Eigen- und Hybridkapitalhilfen. Bei betroffenen Einzelfällen ließe sich das technisch über Zuweisungsgeschäfte der KfW abbilden.

„Wir unterstützen die Zielsetzung des Pakets, dass Marktmechanismen und Strukturwandel erhalten werden und mit dem Geld der Steuerzahler verantwortungsvoll umgegangen werden soll. Alle finanziellen Instrumente sind fokussiert, befristet und zielgenau anzuwenden, Kredite sind Zuschüssen vorzuziehen. Preismechanismen müssen wirken und effiziente Lenkungswirkungen entfalten, insbesondere auch bei Gas und anderen Energieträgern.

Es ist jetzt nicht die Zeit, den Staat zu überfordern und Subventionen mit der Gießkanne auszuschütten. Der Stoßdämpfer muss auch dann noch wirken und gegebenenfalls verstärkt werden können, wenn der Weg noch steiniger wird, sprich: der Ukraine-Krieg und seine Folgen länger dauern und sich noch weiter verschärfen“, lobt Thilo Brodtmann, Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), die Maßnahmen des Bundes.

Christian Esser

Foto: chones-stock.adobe.com

ONLINEBANKING FLEXIBEL UND INDIVIDUELL

Neue Innovation vereinfacht den Zahlungsverkehr für gewerbliche Kunden

Foto: Sparkasse KölnBonn

Marco und Martin Schork testeten mit ihrem Unternehmen Walter Schork Kraftfahrzeug- und Industriebedarf GmbH die neue Nutzerverwaltung der Sparkasse KölnBonn

Mit der neuen Nutzerverwaltung der Sparkasse KölnBonn können Firmenkunden seit März 2022 ihr Onlinebanking deutlich flexibler und individueller aufstellen. Eine Firma aus Lövenich gehörte zu den Testkunden und ist vom neuen Produkt überzeugt.

Die Walter Schork Kraftfahrzeug- und Industriebedarf GmbH in Köln-Lövenich war eine der Ersten. Das 1954 gegründete, mittelständische Unternehmen mit 25 Beschäftigten setzt bereits seit mehreren Monaten, quasi als Pilotkunde, auf die neue Nutzerverwaltung der Sparkasse KölnBonn, die den Zahlungsverkehr kleiner und mittlerer Betriebe deutlich einfacher macht.
Die Brüder Marco Schork, Geschäftsführer, und Martin Schork, Online-Marketing-Chef, sind immer für eine Innovation gut. Jüngst erweiterten sie das Angebot ihres Unternehmens, das bis dahin vornehmlich aus Produkten rund um Pkw und Lkw bestand, u. a. um hochwertige E-Bikes.
Auch digitalen Neuerungen gegenüber sind die beiden Brüder aufgeschlossen. Als ihr Firmenkundenberater der Sparkasse sie erstmals auf die neue Nutzerverwaltung ansprach, waren sie direkt interessiert und bereit, als Testunternehmen mitzuwirken. „Bis dahin wollten wir nicht zu viele Onlinebanking-Verträge haben, um den Überblick zu behalten“, erzählt Marco Schork. Das sei aber irgendwann recht mühsam und zum Problem geworden, zum Beispiel wenn eine der zugriffsberechtigten Kolleginnen oder einer der Kollegen abwesend war. „Da war dann auch schon mal kurze Zeit der Zahlungsverkehr lahmgelegt“, ergänzt sein Bruder Martin.

Viele Vorteile für gewerbliche Nutzerinnen und Nutzer

Gerne wurde die Firma deshalb in dem Projekt der Sparkasse KölnBonn Pilotkunde: Als eine der ersten Sparkassen Deutschlands führte sie im Firmenkundengeschäft die Nutzerverwaltung, eine Erweiterung des Onlinebankings, ein. Sie legt damit die Verwaltung der Onlinebanking-Zugänge komplett in die Hände ihrer Firmenkunden. „Wir suchen ständig nach Lösungen, unseren gewerblichen Kunden digitale Neuerungen zu ermöglichen“, betont Uwe Borges, Firmenkundenvorstand bei der Sparkasse KölnBonn.
Firmenkunden können über das Firmenkundenportal selbst Onlinebanking-Zugänge anlegen, Benutzende entsperren und sperren, Tageslimits verändern, Rechte vergeben und demnächst sogar Produkte abschließen, ohne den Berater der Sparkasse einbinden zu müssen. Marco und Martin Schork waren schnell überzeugt. „Die Nutzerverwaltung passt sich unserem Bedarf an“, berichtet Martin Schork, „wir können so viele Zugänge anlegen, wie wir benötigen, und jeder erhält und sieht genau das, wofür er oder sie freigeschaltet ist.“ Sein Fazit: „Die Nutzerverwaltung ist so individuell, wie unsere Autoteile für die unterschiedlichsten Fahrzeuge passen.“

Monika Eiden

ⓘ Wie die Nutzerverwaltung genau funktioniert, erfährt man unter sparkasse-koelnbonn.de/nutzerverwaltung sowie telefonisch unter 0221/226-90900.

BETRIEBLICHE CORONA-SCHUTZREGELN

Welche Schutzmaßnahmen nach Reduzierung des gesetzlichen Infektionsschutzes erhalten bleiben können

Foto: Jürgen Fälchle - stock.adobe.com

Von den gesetzlichen Regelungen zum betrieblichen Infektionsschutz ist wenig geblieben

Ende März 2022 sind mit den Änderungen des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und der Corona-Arbeitsschutzverordnung (Corona-ArbSchV) die wesentlichen gesetzlichen Vorschriften zur Prävention von SARS-CoV-2 in Betrieben ausgelaufen.

Parallel zu allgemeinen Lockerungen im täglichen Leben sind Arbeitgeber seitdem nicht mehr verpflichtet, bestimmte Maßgaben einzuhalten; verblieben sind nur punktuelle „niederschwellige" Regelungen. In Anbetracht anhaltend hoher Infektionszahlen stehen viele Arbeitgeber vor der Frage, ob bisher im Gesetz verankerte Schutzmaßnahmen im Betrieb erhalten bleiben können, gerade in Bereichen, in denen aufgrund der Arbeitsabläufe oder des Betriebsgegenstandes ein vermehrter bzw. engerer Kontakt zwischen Mitarbeitern unvermeidbar ist. Sofern seit Pandemiebeginn keine anderweitigen Rechtsgrundlagen geschaffen wurden, ist dies jedoch kaum möglich.

Entfallene Vorschriften

Zu den ausgelaufenen Gesetzesvorschriften gehört an vorderster Stelle die Homeoffice-Pflicht (bis dato gem. § 28b Abs. 4 IfSG), die vollständig entfallen ist. Arbeitgeber sollen Homeoffice nach der verlängerten Corona-ArbSchV zwar weiter in Erwägung ziehen, wenn in einem bestimmten Arbeitsumfeld die Gefahr einer raschen Infektionsausbreitung besteht, beispielsweise in Großraumbüros. Ob eine Tätigkeit im Homeoffice angeordnet oder verlangt werden darf, richtet sich allerdings nunmehr wie vor der Pandemie danach, ob eine entsprechende Regelung im Arbeitsvertrag oder in anderweitigen Regelungswerken existiert, etwa in Betriebsvereinbarungen, die ggf. samt einem betrieblichen Infektionsschutzkonzept in den letzten zwei Jahren geschlossen wurden. Ein allgemeiner gesetzlicher Anspruch auf eine (partielle) Tätigkeit im Homeoffice ist ansonsten zwar seit Jahren arbeitspolitisches Kernanliegen der SPD und daher auch Vorhaben im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung, kurzfristig absehbar ist dieser jedoch nicht.

Entfallen sind ferner die 3G-Zugangsregulierungen zu Arbeitsplätzen, die bislang in § 28b Abs. 1 bis 3 IfSG enthalten waren und ebenfalls ersatzlos gestrichen wurden. Arbeitgeber sind damit seit Ende März nicht mehr verpflichtet, aber grundsätzlich auch nicht mehr dazu berechtigt, den Impf-, Genesenen- oder Teststatus ihrer Beschäftigten zu kontrollieren.

Zuletzt wurden Ermächtigungsgrundlagen für Infektionsschutzmaßnahmen der Länder eingeschränkt. Allgemein können die Länder noch Maskenpflichten in bestimmten schutzwürdigen Bereichen (z. B. Krankenhäusern oder Pflegeheimen) anordnen. Das Gleiche gilt für Testpflichten. In Corona-Hotspots können die Länder ferner allgemeine Maskenpflichten, Abstandsgebote, 3G-Nachweispflichten und Hygienekonzepte verordnen, auch für Betriebe. Anders als in manchen Bundesländern, z. B. Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, die entsprechende Regelungen in ihren aktualisierten Verordnungen eingeführt und konkretisiert haben, wurde diese Option in Nordrhein-Westfalen jedoch nicht geschaffen. Sämtliche Maßnahmen müssen aber befristet werden, längstens bis zum 23.09.2022. Bis dahin gilt wieder ein „Fleckenteppich" von Regelungen.

Verbliebene gesetzliche Maßgaben

Bundesgesetzlich verblieben sind ansonsten Basisschutzmaßnahmen in der Corona-ArbSchV, die allerdings auch nur noch bis zum 25.05.2022 gelten soll, weil – zumindest aktuell – eine gesetzliche Grund-

lage für ihre Fortgeltung fehlt. Bis dahin bestehen bleiben Maßnahmen, die vom Arbeitgeber betriebsbezogen festgelegt wurden, also vor allem Hygienekonzepte auf Grundlage einer Gefährdungsbeurteilung, wozu AHA+L-Maßnahmen und, falls je nach Arbeitsumfeld erforderlich, auch eine Maskenpflicht gehören. Hierbei müssen Arbeitgeber weiterhin Masken zur Verfügung stellen. Der Impf- oder Genesenenstatus der Beschäftigten darf beim Hygienekonzept nicht mehr berücksichtigt werden. Arbeitgeber müssen Beschäftigten, die nicht ausschließlich zu Hause arbeiten, weiterhin einmal pro Woche Tests anbieten und dafür die Kosten tragen. Darüber hinaus hat der Arbeitgeber seinen Beschäftigten zu ermöglichen, sich während der Arbeitszeit impfen zu lassen. Die Beschäftigten sind im Rahmen einer Unterweisung über die Gesundheitsgefährdungen im Rahmen der Erkrankung an SARS-CoV-2 aufzuklären und dabei über die Möglichkeit einer Schutzimpfung zu informieren. Darüber hinaus soll die Arbeit anhaltend so organisiert werden, dass betrieblich bedingte Personenkontakte vermieden werden.

Foto: Alessandro Biascioli - stock.adobe.com

Betriebliche Hygienekonzepte und Eigenverantwortung in den Vordergrund

(Fehlende) Handlungsmöglichkeiten

Die Reduzierung der gesetzlichen Pflichtvorschriften macht es den Arbeitgebern schwer, weil der organisatorische Aufwand für Arbeitgeber erhalten bleibt und eigene Konzepte an die Stelle dessen treten müssen, was bislang vor allem in der Corona-ArbSchV geregelt war. Zum anderen stehen Arbeitgeber vor dem Problem, dass die bisher vorgesehenen, gegenüber den niederschwelligen Regelungen stärkeren Restriktionen ohne alternative Rechtsgrundlage flächendeckend kaum noch angeordnet werden bzw. erhalten bleiben können. Der Arbeitgeber kommt wieder in die Zwickmühle: Ordnet er Maßnahmen an, führt dies bei den einen zu mangelnder Akzeptanz, den anderen gehen die Vorsichtsmaßnahmen nicht weit genug.

Sofern seit Beginn der Pandemie keine Betriebsvereinbarungen geschlossen wurden, kann der Arbeitgeber bestimmte Schutzmaßnahmen nicht einseitig (wieder) einführen. Auch aus seinem Weisungs- und Direktionsrecht ergibt sich keine entsprechende Fähigkeit. Arbeitnehmer sind im Rahmen ihres Arbeitsverhältnisses nur zur Erbringung der vertraglich determinierten Leistung verpflichtet, in deren Rahmen sie weiteren Pflichten nur dann unterliegen, wenn solche durch eine Betriebsvereinbarung gelten. Verlangt der Arbeitgeber ohne Rechtsgrundlage nunmehr etwa aus Gründen der Vorsicht einen Impfnachweis, um Beschäftigte ihre Tätigkeit ausführen zu lassen, und verweigert er ihnen den Zugang zum Betrieb, wenn sie diesen nicht erbringen, kommt er in Annahmeverzug und bleibt damit vergütungspflichtig.

Schon bisher war es umstritten, ob die anlasslose Durchführung von Coronatests zulässig ist. Das Landesarbeitsgericht München sieht es (nur) als Teil eines Hygienekonzepts bei kontaktintensiver Tätigkeit als rechtlich erlaubt an (LAG München, Urt. 26.10.2021 – 9 Sa 332/21). Ob eine jetzt noch neu abzuschließende Betriebsvereinbarung eine Rechtsgrundlage wäre, ist außerhalb dieses eng umrissenen Tätigkeitsbereichs sehr zweifelhaft. Es verbleibt demnach nur die Möglichkeit, um Verständnis für ein vorsichtiges Verhalten zu werben und einvernehmliche Lösungen mit den Beschäftigten oder dem Betriebsrat zu suchen. Einer Anordnungsbefugnis des Arbeitgebers sind sehr enge Grenzen gesetzt.

Foto: Drazen - stock.adobe.com

Abstandspflichten bleiben bestehen

Foto: Jörg Modrow/laif/Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Gastautor: Axel Braun, Fachanwalt für Arbeitsrecht und Partner bei Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

NOCH MEHR SCHULDEN

Bund beschließt Ergänzungshaushalt

Foto: Negro Elkha - stock.adobe.com

Der Bund will Unternehmen und Pendler aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise unterstützen

Aufgrund des Ukraine-Kriegs musste Bundesfinanzminister Christian Lindner den Bundeshaushalt für das laufende Jahr noch einmal überarbeiten. Zu den bereits zuvor im Haushaltsplan veranschlagten fast 100 Milliarden Euro neuer Schulden kommen nun noch fast 40 Milliarden Euro dazu. Das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ist darin noch nicht enthalten.

Die Bundesregierung hat einen Ergänzungshaushalt für das laufende Jahr 2022 beschlossen. Es habe damit punktuelle und zielgerichtete Veränderungen am Etat gegeben, so Lindner. In den zusätzlichen Schulden sind unter anderem fünf Milliarden Euro für Wirtschaftshilfen, die Betrieben gelten, die mit stark gestiegenen Kosten aufgrund der kriegsbedingt hohen Energiepreise kämpfen müssen. Etwa 1,5 Milliarden Euro sind für humanitäre Hilfe und eine Milliarde für das Anlegen einer Gasreserve vorgesehen, sofern Russland die Gaslieferungen stoppen sollte.

Entlastungspaket 2 kommt ab Juni

In den neuen Schulden sind unter anderem die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen und die Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel, für die Energiepauschale (von 300 Euro für alle Beschäftigten), den Kinderbonus von 100 Euro und das 9-Euro-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr einberechnet. Diese Maßnahmen fallen unter das sogenannte „Entlastungspaket 2“. 14 Milliarden Euro dienen als vorsorgliche Rückstellungen für derzeit noch nicht absehbare wirtschaftliche Folgen des Krieges – dies könnten sinkende Steuereinnahmen oder Probleme auf dem Arbeitsmarkt sein (bspw. Kosten für Kurzarbeit). Für die Unterbringung, Verpflegung und Betreuung geflüchteter Menschen aus der Ukraine stellt der Bund Ländern und Kommunen für 2022 pauschal zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Der Bund trägt zudem die Kosten für die Sicherung des Lebensunterhalts geflüchteter Menschen aus der Ukraine.

Mit dem Ergänzungshaushalt steigt der Etat des Bundes im laufenden Jahr auf 483,9 Milliarden Euro. „Wir haben mit zwei Krisen zu tun. Einer noch nicht, jedenfalls in wirtschaftlicher Hinsicht, überwundenen Pandemie und einem Krieg in Europa. Beide krisenhaften Entwicklungen haben wir uns nicht gewünscht, aber es sind Realitäten, mit denen wir fertig werden müssen“, so Lindner. „Es ist Ausdruck von staatspolitischer Verantwortung, dass in diesem Jahr die Bundesregierung handelt. Wir können nicht zulassen, dass es zu Strukturbrüchen in der Wirtschaft kommt. Wir können nicht hinnehmen, wenn die Menschen unter steigenden Energiepreisen leiden.“

Die Belastungen für die Menschen steigen derzeit deutlich, gerade diejenigen, die über kein hohes Einkommen verfügen, trifft vor allem die Inflation besonders stark. Neben der hohen Inflation bergen der Krieg und eine mögliche neue Corona-Pandemiewelle ab Herbst großes Potenzial, das Wirtschaftswachstum und die Erholung der Pandemiefolgen zu belasten. „Die Risiken für die Konjunktur sind deutlich. Nach zwei Jahren Coronapandemie kommt durch den Krieg Russlands eine neue Belastung hinzu. Der Krieg gegen die Ukraine und seine wirtschaftlichen Auswirkungen erinnern uns daran, dass wir verwundbar sind. Die Stärke von liberalen Demokratien macht aber aus, dass wir um Ausgleich ringen und so zu Lösungen kommen, die uns gemeinsam voranbringen. Wir zeigen Woche für Woche, dass gerade Demokratien im Angesicht von Krieg und Krisen leistungs- und handlungsfähig sind und sich sehr schnell auf diese neue Lage mit einer Reihe von Maßnahmen eingestellt und gegengehalten haben. Auf diesem Weg werden wir entschlossen weitergehen und uns Schritt für Schritt aus der Klammer russischer Importe lösen. Zugleich tut die Bundesregierung alles, um die Substanz unserer Wirtschaft auch in schwerer Zeit zu erhalten mit einem zielgerichteten Schutzschild für unsere Unternehmen, welches wir jetzt zügig umsetzen“, so Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.

Christian Esser

Foto: bluedesign - stock.adobe.com

Die Kosten für das Sondervermögen der Bundeswehr sind noch nicht in den Haushalt eingepreist

ERFOLGREICH NACH DER PANDEMIE

Scopevisio lud unter dem Motto „New Work“ nach Bonn zum 9. Cloud Unternehmertag

Foto: Scopevisio AG / Iris Wißkirchen

Der Licht durchflutete Kameha Dome gab den passendene Rahmen für den 9. Cloud Unternehmertag

Erfolgreiche Unternehmensführung nach der Pandemie: Bei der Veranstaltung insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen drehte sich alles rund um das Thema hybrides Arbeiten und die digitale Zukunft von Geschäftsprozessen. Ort der Veranstaltung war das Bonner Kameha Grand, das den rund 600 Teilnehmern den passenden Rahmen bot und den Cloud Unternehmertag zu den größten Events zur Digitalisierung in NRW machte.

Die Keynotes bei der diesjährigen Präsenzveranstaltung steuerten der Arzt, Wissenschaftsjournalist, Kabarettist und Gründer Prof. Dr. Eckart von Hirschhausen sowie der ehemalige FIFA-Schiedsrichter und Fußballexperte Urs Meier bei. Sein launiger Vortrag wurde gerne vom Publikum aufgenommen. Meier, der in der deutschen Medienlandschaft als Experte für das ZDF regelmäßig präsent ist, nahm sich des Themas „Entscheidungen unter Druck“ an. Wo, wenn nicht als Profischiedsrichter im Milliarden Euro schweren Fußballgeschäft, kann der Druck auf einen Menschen höher sein? Er hat nur Bruchteile einer Sekunde Zeit, die richtige Entscheidung zu treffen. Fair oder Foul? Im Strafraum oder doch außerhalb? Zehntausende in den Stadien und zig Millionen weltweit wissen es natürlich besser.

„Auch einmal keine Entscheidung zu treffen ist eine Entscheidung“

Der Schweizer Topschiri, der sich schon sehr früh das Ziel setzte, bei der WM 1998 zu pfeifen, hatte zahlreiche Einspielfilme mit Fußballszenen dabei, die seine Rede begleiteten, Oftmals habe ihm bei seiner Arbeit der Instinkt geholfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Und: „Auch einmal keine Entscheidung zu treffen sei eine Entscheidung“, so Meier, der damit an das Publikum das Signal sendete, sich bei wichtigen betrieblichen Entscheidungen eben nicht unter Druck setzen zu lassen.
Auf der Agenda standen auch inspirierende Fachvorträge, Best Practices, spannende Workshops sowie persönliche Checklisten für mehr Automatisierung in Unternehmen. Scopevisio, gegründet 2007 in Bonn und weiteren Standorten in Berlin, Hamburg, Köln, Linz und Wien, präsentierte seine vielfältigen auch cloudbasierten Softwarelösungen. Im lichtdurchfluteten Kameha Dome stellten sich aber auch Geschäftspartner und weitere Unternehmen mit ihren Branchenanwendungen, Plattformen und digitalen Lösungen vor. So kam es zu einer Vielzahl interessanter Gespräche und neuer Kontakte, nicht zuletzt angeregt durch Prof. Dr. Eckart von Hirschhausen, der das Publikum mit einem Kennenlern-Fragenspiel in die Mittagspause schickte.
„Hybride Arbeitsmodelle werden sich immer mehr durchsetzen“, ist Scopevisio-Gründer und Vorstand Dr. Jörg Haas überzeugt. „Cloud-Anwendungen spielen dabei eine wichtige Rolle, denn sie machen die verteilte Zusammenarbeit einfacher und rücken die Schreibtische virtuell zusammen. Digitalisierung und New Work gehen also Hand in Hand“, betonte Haas.
Die Scopevisio Group AG verfolgt mit ihren dreizehn IT-Unternehmen das Ziel, den Arbeitsalltag und die betrieblichen Abläufe im Mittelstand mit cloudbasierter Software einfacher, effizienter und digitaler zu gestalten sowie Routinetätigkeiten zu automatisieren.

Heribert Eiden

EGN

Abfall-experten aus Überzeugung

Wir haben passende Container, Abfallbehälter und mobile Toiletten. Maßgeschneidert für Ihre Ansprüche und Ihr nächstes Projekt.

Wir sind da.

T 0800 376 0800

OLAV – NAH AM KUNDEN

Das Kölner Start-up glänzt mit innovativem und nachhaltigem Kochzubehör

Foto: Olav / Moni Fellner

Co-Gründerin Christina Neworal mit dem Produkt, mit dem alles begann: der Olav Kupferkernpfanne

Die Gründer Christina Neworal und Till von Buttlar haben sich getraut. Sie haben einen Alltagsgegenstand neu gedacht und ihn innerhalb weniger Jahre zur erfolgreichen Marke aufgebaut. Während die Olav-Pfanne 2021 mit dem German Design Award ausgezeichnet wurde, erhielt das Olav-Messer 2021 den Red Dot Design Award.

Tagtäglich werden in Deutschland neue Start-ups gegründet. Doch was braucht man, um aus der Flut an Neugründungen hervorzustechen und sich dauerhaft durchzusetzen? Schaut man sich die kurze und umso erfolgreichere Geschichte des Kölner Start-ups Olav an, wären es wohl die folgenden Punkte:

- Ein Produkt kreieren, das einen Mehrwert im Alltag schafft
- Auf die Bedürfnisse des Kunden eingehen
- Auf lebenslange Qualität und Nachhaltigkeit setzen

Seit 2017 bauen die Gründer Christina Neworal und Till von Buttlar das Start-up Olav auf, das zu Beginn lediglich aus ihnen beiden und der Vision nach einer leistungsstarken und nachhaltigen Pfanne mit zeitlosem Design bestand. Der Aufbau wurde aus eigenen Mitteln sowie Krediten der NRW Bank und der Volksbank Köln Bonn finanziert, um größtmögliche Unabhängigkeit zu gewährleisten. Inzwischen beschäftigen die beiden Mittdreißiger knapp 20 Mitarbeiter. Während sie sich Köln bewusst als Standort ausgesucht haben, der für sie symbolisch für ganz NRW steht, findet der Vertrieb ausschließlich über E-Commerce statt.

Der rote Faden ihrer Unternehmensgeschichte liegt in dem Fokus auf den Endverbraucher: „Wir haben von Anfang an mit anderen Leuten gesprochen und Fokusgruppen gegründet. Von jung bis alt, von Hobbyköchen bis zu Profiköchen waren alle möglichen Zielgruppen vertreten“, erinnert sich Neworal an die Anfangszeit. Dabei stellte sich heraus, dass nahezu jeder schon schlechte Erfahrungen mit Pfannen gemacht hatte, vor allem beschichtete Pfannen im Müll landeten, sobald sich die Beschichtung löste, und viele eine Lieblingspfanne hatten, die sie fast ausschließlich benutzen. Um genau die Pfanne zu produzieren, die der Welt bis dato fehlte, verbrachten Neworal und von Buttlar mehrere Monate zusammen mit Ingenieuren in einem Labor, in dem sie die – laut Testberichten – besten Pfannen der Welt auf Herz und Nieren prüften. Das Ergebnis: ein Material aus fünf Schichten, in dessen Mitte das besonders leitfähige und gleichmäßig wärmeverteilende Kupfer ist. Im Juli 2019 wurde schließlich die Olav-Pfanne mit Kupferkern gelauncht, die zu Beginn in drei Größen und sowohl beschichtet als auch unbeschichtet angeboten wurde.

Seit dem Start setzt das Start-up Olav in puncto Produktentwicklung auf seine Kunden: „Uns erreichen auf verschiedenen Wegen Produktwünsche oder Verbesserungsvorschläge, die wir bestmöglich umsetzen und dann unserer Community vorschlagen, um gemeinsam den Feinschliff zu machen“, erzählt Neworal. Die Community ist eine Facebookgruppe mit dem Namen „Olavisten“, in die jeder Kunde aufgenommen wird, der mindestens ein Produkt gekauft hat.

Um dem Wunsch nach Langlebigkeit gerecht zu werden, wurde nicht nur auf erstklassige Produzenten geachtet, die im Falle des Kochgeschirrs bei dem chinesischen Familienbetrieb Guanhua in der Nähe Schanghais gefunden wurde, sondern auch ein Wiederbeschichtungsservice eingerichtet. Das bedeutet, dass jede Pfanne – sollte sich die Beschichtung lösen – für 35 € eingeschickt und neu beschichtet werden kann. Dadurch ist Olav eine Pfanne fürs Leben, die nicht nur dem Koch, sondern auch der Umwelt zugutekommt.

Inzwischen umfasst das Sortiment mehr als 20 Produkte, darunter auch Messer, die in einem Solinger Familienbetrieb geschmiedet werden. Aktuell sind die Produkte in der DACH-Region erhältlich, doch das Start-up arbeitet sich bereits in weitere europäische Märkte ein und sieht vor allem in Frankreich und Italien Potenzial, Fuß zu fassen.

Jana Leckel

Mehr Infos unter www.myolav.com

Foto: Olav GmbH

2017 gründeten Christina Neworal und Till von Buttlar das Start-up Olav

DIGITAL ATTRAKTIVE INNENSTÄDTE

Internetnutzer hätten gern mehr „smarte“ Angebote

Foto: Stockhausen - stock.adobe.com

Internetnutzer wünschen sich mehr digitale Services für ein besseres Erlebnis in Innenstädten

Das Smartphone ist ein täglicher Begleiter, wenn es in die Innenstädte geht. Die Frage ist allerdings: Sind die Innenstädte auch „smart“? Gut digitalisierte Innenstädte sorgen für eine größere Attraktivität beim Einkaufen in Geschäften vor Ort. Zudem wünschen sich Internetuser lokale Angebote und Service auf ihrem Smartphone, wie eine Umfrage des Digitalverbands Bitkom zeigt.

Wie viel Zeit habe ich noch, bis der nächste Bus oder die Straßenbahn fährt? Wo kriege ich die Produkte, die ich für das Abendessen brauche? Oder soll es lieber ins Restaurant gehen – doch gibt es dort noch einen freien Tisch? Für viele Internetnutzer ist klar, es braucht eine App. Und es sollte eine App sein, die lokale und regionale Angebote und Dienste auf dem Smartphone bündeln kann. 61 Prozent der Internetnutzer wünschen sich ein entsprechendes Angebot. Wenn es darum geht, dass es solch eine zentrale Innenstadt-App für Handel, Gastronomie, ÖPNV und andere Dienstleistungen gibt, würden sogar 76 Prozent der 16- bis 29-Jährigen und auch bei Personen über 65 noch über die Hälfte der Befragten das gut finden. Für fast drei von vier befragten Internetnutzern wirkt sich vorhandenes öffentliches WLAN auf die Attraktivität einer Innenstadt aus.

Checken, ob Produkte verfügbar sind

69 Prozent möchten gern Informationen in Echtzeit auf ihrem Smartphone abrufen kommen, um zu checken, welche Produkte in Läden vor Ort verfügbar sind. Mit 68 Prozent Zustimmung geben ähnlich viele Menschen an, dass sie gerne die Preise der lokalen Händler vor Ort vergleichen möchten. Click & Connect, also zuvor online bestellte Waren direkt im Geschäft abholen zu können, wünschen sich laut der Bitkom-Umfrage 63 Prozent. Etwa die Hälfte der Befragten (51 Prozent) wünscht sich eine digitale Anzeige, bspw. auf dem Smartphone, wo über die aktuelle Auslastung der Innenstädte informiert wird, um dichtes Gedränge in Geschäften oder Passagen aus dem Weg gehen zu können.

„Digitale Technologien können bei der Neu- und Wiederbelebung der Innenstädte eine entscheidende Rolle spielen“, sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. So könne insbesondere das Shopping-Erlebnis einen neuen Schwung bekommen, so Rohleder. 59 Prozent der Befragten wünschen sich Benachrichtigungen auf dem Smartphone, falls es Sonderangebote in Geschäften in unmittelbarer Nähe gibt. Gut die Hälfte der Befragten (49 Prozent) würde Online-Beratungsangebote der lokalen Händler gut finden. „Das Konzept des Omnichannel Retailing zeigt deutlich, wie sich stationärer Handel und Online-Handel erfolgreich verzahnen. Durch Click & Collect, kostenloses WLAN in Geschäften, Same-Day-Delivery oder Online-Bewertungen treten Händler mit ihren Kundinnen und Kunden vielfältiger und intensiver in Interaktion“, erklärt Rohleder. Entsprechend sehen fast zwei Drittel der Befragten (63 Prozent), dass Einzelhändler den Einkauf direkt vor Ort durch digitale Technologien komfortabler und spannender machen könnten.

Lösungen für Wege in und aus der Stadt

Doch nicht nur für den Weg in die Innenstädte, sondern auch wieder heraus wünschen sich die Befragten „smarte“ Lösungen und Angebote. 62 Prozent würden eine Park-App gut finden, über die Stellplätze gefunden und gleichzeitig Parktickets gekauft werden können. Mobilitäts-Angebot der Innenstädte, wie bspw. Shuttle-Services oder Lastenräder, würden 44 Prozent der Internetnutzer gern nutzen. 41 Prozent wünschen sich öffentliche Schnellladesäulen für Elektroautos. Für die Umfrage zu digitalen Angeboten, die Innenstädte attraktiver machen können, wurden im Auftrag des Digitalverbands Bitkom mehr als 1.000 Internetnutzer ab 16 Jahren in Deutschland befragt.

Christian Esser

AUSBILDUNGSANGEBOTE

Insgesamt fallend, branchenspezifisch steigend

Foto: VadimGuzhva stock.adobe.com

Die duale Ausbildung ist ein wichtiger Baustein, um dem Fachkräftemangel zu bekämpfen

In zahlreichen Berufen gibt es in Deutschland einen starken Fachkräftemangel. In manchen Branchen hat sich das Fachkräfteproblem seit der Coronapandemie sogar noch zusätzlich verschärft. Als Problemlösung ist laut IW Köln der Königsweg immer noch die duale Ausbildung. Doch sanken in den letzten Jahren sowohl Angebot als auch Nachfrage nach Ausbildungen. Ist es also ein hausgemachtes Problem?

Im Gegenteil, zeigt ein Bericht des IW Köln. Denn in Berufen, die besonders stark unter dem Fachkräftemangel leiden, ist das Angebot sogar gestiegen, allerdings wird viel Potenzial auch nicht genutzt. Immer mehr Betriebe finden keine neuen Mitarbeiter für ihre offenen Stellen und die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt stiegen in den letzten Jahren trotz der Pandemie weiter an. Auch in Berufen, wie beim Verkauf von Fleisch- oder Backwaren, wo 2013 noch kein Engpass herrschte, klaffe mittlerweile eine deutliche Fachkräftelücke. So wundert es nicht, dass an so ziemlich jeder Bäckerei Hinweisschilder angebracht sind, dass Verkaufspersonal gesucht wird. In anderen Berufsfeldern wie Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik oder der Bauelektrik gibt es bereits seit über zehn Jahren einen starken Fachkräftemangel.

Weil Personal in zahlreichen Branchen fehlt, wird auch schon seit Jahren darüber debattiert, wie man Fachkräfteengpässe wieder senken kann. Die Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen konnte in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert werden, allerdings ist durch die Pandemie die Nettoeinwanderung 2020 vorübergehend deutlich gesunken. Wesentlicher Bestandteil der Fachkräftesicherung in Deutschland ist die duale Ausbildung. Dort werden die relevanten beruflichen Kompetenzen vermittelt. Doch Angebot und Nachfrage sind seit Jahren insgesamt rückläufig. Gleichzeitig gehen die geburtenstarken Jahrgänge zunehmend in Rente, die Auswirkungen des demografischen Wandels werden spürbar, dadurch steigt der Fachkräftebedarf weiter. Deshalb ist es also noch wichtiger, vorhandene Potenziale bei der dualen Ausbildung umfassend auszuschöpfen und möglichst noch zu steigern, so das IW Köln.

Matching als großes Problem

Ein wesentliches Problem auf dem Ausbildungsmarkt ist das Matching. Angebote und Nachfrage stehen hier in keinem gesunden Verhältnis zueinander. So gibt es in vielen Regionen und Berufen unbesetzte Ausbildungsplätze, gleichzeitig gibt es für zahlreiche Berufe zu viele Bewerber, die ohne Stelle bleiben. Und während die Arbeitgeber bei ihren Ausbildungsplätzen nur bedingt flexibel sein können, sind es die oftmals jungen Bewerber hingegen schon. „Betriebe bieten vor allem in denjenigen Berufen Ausbildungsplätze an, in denen sie auf dem Arbeitsmarkt Fachkräfte benötigen. Diese Bedarfsorientierung ist ein zentraler Vorteil des dualen Ausbildungssystems, da dort qualifiziert wird, wo Beschäftigungs- und Karriereperspektiven bestehen, die sich nach der Ausbildung über Fort- und Weiterbildungsangebote fortsetzen“, schreibt das IW Köln.

Insgesamt ist das Ausbildungsangebot seit 2013 gesunken. Hier gab es damals 564.000 Ausbildungsstellen in Deutschland. Nachdem das Angebot bis 2018 auf etwa 589.000 Stellen zulegen konnte, gab es im Zuge der Coronapandemie einen deutlichen Einbruch mit dem Tiefststand 2020 mit nur 527.000 angebotenen Ausbildungsplätzen. Im vergangenen Jahr, 2021, wurden 536.000 Ausbildungsstellen angeboten. Insgesamt entwickelt sich der Ausbildungsmarkt zwischen den Regionen und Berufen sehr unterschiedlich. Es zeige sich, „dass Unternehmen intensiv auf den Fachkräftemangel reagieren, indem sie das entsprechende Ausbildungsangebot ausweiten: In Berufen, in denen bereits seit vielen Jahren Engpässe herrschen, stieg das Angebot seit 2013 deutlich an. Vergleicht man den Wert am aktuellen Rand zum 30.09.2021 mit dem Ausgangswert von 2013, dann zeigt sich, dass das Ausbildungsangebot in Berufen mit langjährigem Fachkräftemangel um 15,7 Prozent gestiegen ist. In Berufen, die in diesem Zeitraum keine Fachkräfteengpässe verzeichneten, sank es hingegen um 15,1 Prozent. Bei Berufen, die nur teilweise von Fachkräfteengpässen betroffen waren, sank das Angebot leicht um 3,8 Prozent“, schreiben die Autoren des Kurzberichts.

IHK Köln mit Fakten zur Lage

In ihrem Jahresthema Ausbildung präsentiert die IHK Köln Fakten zur aktuellen Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Demnach fehlten schon vor der Pandemie in NRW rund 450.000 Fachkräfte, knapp 400.000 davon mit beruflicher Qualifikation. Die Zahl junger Menschen, die sich für eine berufliche Ausbildung interessieren, nimmt ab. Nachdem 2020 und 2021

hauptsächlich die Sorgen der Betriebe wegen der Pandemiefolgen groß waren, entwickelte sich der Fachkräftemangel vor dem Ukraine-Krieg mit den entsprechenden Folgen für die deutsche Wirtschaft zum größten Geschäftsrisiko. Im Gastgewerbe und Tourismus hat sich der Fachkräftemangel durch die Pandemie noch einmal deutlich verstärkt, weil Fachkräfte in andere Branchen abgewandert sind. Zudem erlebt Deutschland seit Jahren einen Trend hin zur Akademisierung. Viele junge Menschen denken dabei automatisch: „Wenn Abitur, dann Studium!“ Wegen des Fachkräftemangels und der Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat die IHK Köln fünf Forderungen formuliert, so sollte Schülern vermittelt werden, dass eine betriebliche Ausbildung häufig eine bessere Perspektive bietet als ein (isoliertes) Studium. Eine Ausbildung nach der Schule könne, wenn sinnvoll, dann passgenau um eine akademische Ausbildung ergänzt werden. Dies sei für viele der bessere Weg.

Der Berufsabschluss ist genauso wichtig wie der Schulabschluss, so die IHK Köln. Für die Zukunft sollte daher gelten: „Elemente der Berufsorientierung genießen an den Schulen denselben Stellenwert wie normaler Unterricht. Dabei sollte die berufliche Bildung an allen Schulen den gleichen Stellenwert wie die akademische Bildung genießen.“ Darüber hinaus fordert die IHK Köln, weiterhin die duale Ausbildung an Berufskollegs zu priorisieren, die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zu unterstreichen und zusätzliche Fachkräfteressourcen zu erschließen.

Christian Esser

Anzeige

UNIVERSITY OF COLOGNE BUSINESS SCHOOL

Berufsbegleitende Weiterbildung an der Universität zu Köln

Der Cologne-Rotterdam EMBA ermöglicht Teilnehmenden, ihr Führungspotenzial voll auszuschöpfen, ihre Management-Skills zu verbessern und ihre persönliche Marke zu stärken

Foto: Lisa Beller

Die University of Cologne Business School bildet das organisatorische Dach für die berufsbegleitende Weiterbildung an der Universität zu Köln und ist einer der führenden Anbieter für Executive Education in der Region.

Das Angebot umfasst Zertifikatsprogramme und Seminare für Führungskräfte und Mitarbeitende zu vielfältigen Themen, etwa zu Digital Leadership & Innovation oder Advanced Management. Daneben bietet die Business School auch Programme für branchenspezifische Zielgruppen an, beispielsweise das Digital-Insurance-Transformation-Programm für die Versicherungsbranche oder ein Healthcare-Programm für Ärzte und Ärztinnen. Programme können zudem für die spezifischen Weiterbildungsbedarfe von Unternehmen maßgeschneidert werden.

Ein weiteres Highlight bildet der berufsbegleitende Cologne-Rotterdam Executive MBA (EMBA), der in Kooperation mit der renommierten Rotterdam School of Management, Erasmus University, durchgeführt wird. Nach 24 Monaten erhalten die Studierenden einen Doppelabschluss als Master of Business Administration. Zu den Inhalten gehören ein breites und sehr praxisorientiertes Kursangebot, internationale Studienreisen sowie ein Personal-Leadership-Development-Programm inklusive Coaching, bei dem Führungskompetenzen und die Persönlichkeitsentwicklung im Vordergrund stehen.

Am 2. Juni 2022 bietet die Business School einen Informationsabend für Interessenten des EMBA-Programms mit anschließendem Get-together an. Anmeldung unter: mba-admission@uni-koeln.de

Weitere Infos finden Sie auf: www.business-school.uni-koeln.de

WAS TUN BEI HALSSCHWELLUNGEN?

Für Schwellungen am Hals gibt es viele unterschiedliche Ursachen

Foto: amazing studio- stock.adobe.com

Die Kurzfassung "kein Schmerz, also ungefährlich" stimmt so nicht. Bei allen unklaren Schwellungen ist eine ärztliche Untersuchung angeraten.

Auch wenn der Hals äußerlich vielleicht unscheinbar aussehen mag, so ist es doch eine komplexe Körperregion mit vielen anatomischen Strukturen unter der Haut. Neben Fett und Muskelgewebe laufen hier viele wichtige Nerven und Blutgefäße, außerdem finden sich Drüsen und Lymphknoten. Veränderungen dieser unterschiedlichen Strukturen zeigen sich anfangs meist als Schwellungen am Hals, die in Abhängigkeit von der Ursache schmerzhaft oder schmerzlos sein können.

Der Hals ist der Körperteil, der Kopf und Rumpf miteinander verbindet. Durch den Hals verlaufen verschiedene Versorgungsstränge wie Speiseröhre, Luftröhre und Blutgefäße. Auch die Schilddrüse befindet sich hier, ebenso wie die Unterkiefer- und Unterzungenspeicheldrüse und der Kehlkopf. Und mehr als 300 Lymphknoten sind im Kopf-Hals-Bereich vorhanden.

Ursache von Halsschwellungen

Die meisten Halsschwellungen lassen sich auf vergrößerte Lymphknoten zurückführen. Diese entstehen meist als Reaktion auf eine Infektion in der Nähe des Halses (z. B. Erkältung, grippaler Infekt, Halsentzündung, Zahnentzündung), aber auch durch eine direkte Infektion der Lymphknoten durch Bakterien. Meist sind dann gleichzeitig mehrere Lymphknoten auf beiden Seiten des Halses vergrößert, die dann, je nach Ausprägung der Entzündung, auch druckschmerzhaft sein können. Einige Infektionen, die als systemisch bezeichnet werden, da sie den ganzen Körper, also das ganze „System“, betreffen, führen zu mehreren Lymphknotenvergrößerungen auch am Hals.

Die häufigsten dieser Infektionen sind Pfeiffersches Drüsenfieber (Mononucleose) durch das Epstein-Barr-Virus (EBV), das humane Immunschwächevirus (HIV) und Tuberkulose. Eine seltenere Ursache von vergrößerten Lymphknoten kann aber auch bösartig sein, entweder wenn sich ein Krebs von einer nahe gelegenen Struktur oder von weiter entfernten Körperteilen ausbreitet (metastasiert) oder wenn ein Krebs im lymphatischen System selbst entsteht (Lymphom). Diese bösartigen Schwellungen sind meist nicht druckschmerzhaft oder empfindlich, dafür aber oft steinhart und kaum verschieblich.

Andere mögliche Ursachen für Halsschwellungen sind Veränderungen der Schilddrüse durch eine zu große Schilddrüse (Struma, Kropf), z. B. als Folge auch von Jodmangel oder durch Veränderungen in der Schilddrüse selbst wie z. B. Zysten. Zysten sind mit Flüssigkeit gefüllte Neubildungen, die von einer Kapsel umgeben und harmlos sind, sich aber auch entzünden können. Zysten gibt es auch als sog. mediane (in der Mitte gelegene) oder laterale (seitlich gelegene) Halszysten, die teilweise schon seit der Geburt vorhanden sind, aber oft erst im späteren Lebensalter durch Halsschwellungen auffallen. Auch in der Halshaut kann es Zysten geben, die als Epidermoidzyste bezeichnet werden und sich ebenfalls entzünden können.

Veränderungen des Fettgewebes mit Halsschwellung sind meist sog. Lipome, die gutartig sind. Halsschwellungen durch Vergrößerungen der Unterkiefer- und Unterzungenspeicheldrüse können auch durch Flüssigkeitsmangel oder Speichelsteine entstehen, die den Fluss des Speichels dann blockieren und zur Schwellung führen. Selten finden sich auch hier meist gutartige Neubildungen. Noch seltenere Ursachen sind Veränderungen an den Nerven des Halses oder den Halsgefäßen (Venen und Arterien).

Wann sollte man zum Arzt gehen?

Nicht jede kurzfristige Schwellung am Hals erfordert einen Arztbesuch. Bei einigen Warnzeichen sollte dieser aber erfolgen. Hierzu gehören eine sehr harte Schwellung oder länger bestehende Wunden oder Wucherungen im Hals mit Heiserkeit und Schluckbeschwerden und Fieber. Auch eine schmerzlose Schwellung am Hals, die länger als etwa zwei Wochen besteht und nicht kleiner wird, sollte ärztlich abgeklärt werden.

Wie erfolgt die Diagnostik?

Ansprechpartner bei unklaren Halsschwellungen ist der Hausarzt (bei Kindern der Kinderarzt) oder der Facharzt für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde (HNO), der nach Erhebung der Krankengeschichte vor allem eine sorgfältige Untersuchung des Rachens, der Gaumenmandeln, des Zungengrundes, des Kehlkopfes durchführen und den Hals

Foto: burdun - stock.adobe.com

Schwellungen, die länger als zwei Wochen bestehen, sollten abgeklärt werden

abtasten wird, um herauszufinden, ob die Halsschwellung hart oder weich, verschieblich oder fixiert, schmerzhaft oder schmerzlos ist.

Je nach Befund ist vor allem die Ultraschalluntersuchung ein wesentlicher Bestandteil der Diagnostik, hiermit lassen sich viele Diagnosen sofort stellen und vor allem auch das Gewebe, das Organ, das für die Halsschwellung verantwortlich ist, meist sicher identifizieren. Mithilfe des Ultraschalls, auch Sonografie genannt, kann auch unter Sicht oft eine kleine Probe aus der Veränderung genommen werden als sog. Feinnadelpunktion. Auch eine Computertomografie (CT) oder eine Kernspintomografie (auch Magnetresonanztomografie, MRT) können helfen, die Diagnose zu finden. Um bei unklareren Befunden sicher zwischen gut- und bösartiger Veränderung unterscheiden zu können, ist die Entnahme einer Gewebeprobe oder die komplette Entfernung der Veränderung nötig, was je nach Ausdehnung dann in lokaler Betäubung oder in Vollnarkose erfolgen muss. Auch Blutuntersuchungen können bei der Diagnostik helfen.

Welche Therapie gibt es?

Je nach Ursache der Halsschwellung ist die Therapie naturgemäß sehr unterschiedlich. Bei leichten Lymphknotenschwellungen nach einem meist viralen Infekt der oberen Atemwege (Erkältung, grippaler Infekt) sollte keineswegs sofort ein Antibiotikum gegeben werden, wie es leider immer noch viel zu häufig passiert, sondern meist schwillt der Hals nach einigen Tagen von selbst wieder ab, wenn der Infekt durch „Hausmittel“ wie Tees, Gurgeln, ggf. leichte schmerzstillende Sprays oder Tabletten behandelt wurde.

Bei gesicherten bakteriellen Infektionen der Lymphknoten selbst (Lymphadenitis) – und nur dann – ist eine Antibiotikatherapie angezeigt und Erfolg versprechend. Bei unklaren Lymphknotenveränderungen muss, wenn diese länger als einige Wochen bestehen und eher eine Größenzunahme zeigen, meist der komplette Lymphknoten entnommen werden, um dann das Gewebe durch Spezialisten (Pathologen) untersuchen zu lassen und die Diagnose stellen zu können. Bei Krebserkrankungen im HNO-Bereich, die zu Krebsabsiedlungen in den Lymphknoten oder anderen Halsstrukturen geführt haben, sind oft große Operationen erforderlich, meist in Kombination mit Strahlen- und Chemotherapie.

Take-Home Message:

Vergrößerte Lymphknoten sind die häufigste Ursache für Schwellungen am Hals. Meist entstehen diese Vergrößerungen bei „normalen“ Erkältungskrankheiten und verschwinden nach ein bis zwei Wochen wieder. Schmerzlose Schwellungen am Hals, die länger als ca. zwei Wochen bestehen, sind verdächtig und sollten ärztlich abgeklärt werden. Die Kurzfassung „kein Schmerz = ungefährlich“ stimmt also nicht. Bei allen unklaren Schwellungen im Halsbereich ist eine weitere hausärztliche oder fachärztliche HNO-Untersuchung (Spiegelung der Atemwege, ggf. Blutuntersuchung, Sonografie, Probeentnahme, ggf. Operation) wichtig und nötig.

Foto: Privat

Gastautor: Dr. med. Gero Quante,
Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde
Zusatzbezeichnung Stimm- und Sprachstörungen
HNO-Praxis der Klinik LINKS VOM RHEIN

ERNTEFRISCH VERARBEITET 100% aus Österreich

Aronia B-Komplex
Er besteht zu 86% aus Aronia Direktsaft, zu 11% aus Sauerkirschsaftkonzentrat und zu 3% aus schwarzer Johannisbeere.

B1 Thiamin trägt zu einer normalen Herzfunktion bei.
B2 Riboflavin trägt zur Veringerung von Müdigkeit und Ermüdung bei.
B6 Trägt zu einer normalen Funktion des Immunsystems bei.
B12 Trägt zu einer normalen Funktion des Nervensystems bei.
Eisen trägt zur normalen Bildung von roten Blutkörperchen und Hämoglobin bei.

AUSTRIA Bio GARANTIE® AT-BIO-301 ... zertifiziert!

ARONIALAND® DAS ORIGINAL AUS ÖSTERREICH

Bestellung:
Tel.: +49 (0) 8033 6929 190
Info: +43 699 8168 5122
office@aronialand.at

www.aronialand.at

SO, KÖLN!

HUNDE

Der Journalist, Autor und Vorsitzende des DJV Frank Überall hält im Hinblick auf den Herbst ein Umdenken der Stadt im Umgang mit der Pandemie für erforderlich

Sie heißen Waldi, Bello oder Lainy, sie sind Kölner Einwohner/-innen, aber sie haben keinen Personalausweis – dafür aber eine Erkennungsmarke. Die Rede ist von unseren vierbeinigen Freunden. Für sie zahlen ihre Halter Hundesteuern an die Stadt Köln, und das im landesweiten Vergleich nicht zu knapp. Was aber wird dafür geleistet? Es könnte mehr sein, denn auch für diese Bewohner unserer Millionenstadt kann das Hundeleben immer verbessert werden.

In der Bezirksvertretung Köln-Nippes hat man ein Herz für Hunde. Und gleichzeitig auch für Menschen, die sich durch tobende Fellnasen belästigt fühlen. CDU und SPD setzen sich dort gemeinsam dafür ein, dass eine „Freilauffläche“ im Lohsepark besser gesichert wird. Erst war ein wuchtiger Zaun im Gespräch, jetzt fordern die Bezirkspolitiker eine hübsche Hecke, die Konflikte zwischen Parknutzern mit zwei und mit vier Beinen vermindern soll. Schließlich wisse niemand so genau, wo die amtliche Freilauffläche beginne und ende. Und überhaupt, in Weidenpesch gebe es ein solches Areal noch gar nicht und müsse schleunigst eingerichtet werden.

Solche ausgewiesenen Laufflächen für Hunde gibt es in der ganzen Stadt. Es sind nicht viele, sie werden aber intensiv genutzt. Denn in den Parks müssen Hunde grundsätzlich angeleint werden, sonst drohen empfindliche Bußgelder. Können Konflikte nicht auch anders gelöst werden? Es fehlt eine Strategie, mit Hunden als Stadtbewohner umzugehen. Obwohl sie brav Steuern zahlen (lassen).

Im Rathaus gibt es einen Fahrrad-Beauftragten, für Kinderinteressen wurde sogar ein eigenständiges Amt gegründet. Jüngst wurde noch ein Beauftragter für die Interessen von zu Fuß Gehenden ernannt. Nun sollte für die Vierbeiner sicher nicht noch ein Fürsprecher-Posten geschaffen werden. Aber ein bisschen mehr strategische Aufmerksamkeit dürfte dann doch sein.

Konzept der „Kotbeutel“ wenig durchdacht

Immerhin haben die Abfallwirtschaftsbetriebe viele ihrer öffentlichen Mülleimer inzwischen mit Vorrichtungen für die kostenlose Entnahme von Kotbeuteln ausgestattet. Ein schöner Service, um Hundehalter dazu zu bewegen, die stinkenden Hinterlassenschaften ihrer Lieblinge ordnungsgemäß zu entsorgen. So richtig durchdacht ist das aber auch wieder nicht. Die leuchtend roten Beutel sind aus Plastik, aufwendig bedruckt. Warum sind sie nicht aus biologisch abbaubarem Material, sodass sie samt Inhalt in Biotonnen entsorgt werden können? Man könnte insgesamt auch mal konstruktiv und kreativ darüber nachdenken, wie die befürchteten Konflikte zwischen Mensch und Hund verhindert werden können. Wer rücksichtslos einen knurrenden Köter durch Parkanlagen hetzt, hat ein saftiges Bußgeld verdient. Wer sich jedoch in der Hundeschule darum kümmert, dass Waldi, Bello oder Lainy artig bei Fuß gehen und auf das Wort von Frauchen oder Herrchen hören, sollte von einem solchen Bann nicht betroffen sein. Man könnte das Freilaufen-Lassen erlauben, wenn ein „Hundeführerschein“ nachgewiesen wird.

Bewegung ist für Hunde gesetzliche Pflicht

Einige wenige Freilaufflächen auszuweisen, wird den Vierbeinern nicht wirklich gerecht. Freilaufen ist nötig, schließlich schreiben sogar Gesetze vor, dass Hunde regelmäßig ausgeführt und genug Bewegung haben müssen. Spazieren gehen an der engen Leine ist dagegen ziemlich bewegungseinschränkend. Wir müssen wieder einüben, gegenseitig Rücksicht zu nehmen. Hunde gehören als Haustiere mit zur Stadtgesellschaft. Seit 20 Jahren ist Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert, daraus müssen auch im städtischen Alltag Konsequenzen gezogen werden.

Natürlich kann man sich trefflich darüber streiten, was Hunde in der Stadt dürfen und was nicht. Die kleinen Steuerzahler haben aber ein Recht darauf, bei den politischen Debatten nicht völlig vernachlässigt zu werden. Für sie müssen adäquate Lösungen gefunden werden, und die bestehen kaum darin, sie eingezäunt zu verstecken. „Es ist ein Hundeleben!“ sollte in Köln nicht die rhetorische Formel einer resignierten Beschwerde mehr sein, sondern ein fröhlicher Ausspruch eines Willkommensgefühls!

Gastautor: *Prof Dr. Frank Überall lebt als freier Journalist in Köln. Er berichtet unter anderem für den WDR und die ARD, lehrt an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln Journalismus und Sozialwissenschaft und ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Als Autor politischer Sachbücher ist er Mitglied in der Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum.*

Unzufrieden mit Ihrer IT?

Sprechen Sie uns an.
Wir beraten Sie gerne - kostenlos!

02204 / 586 120-0

info@smartworx.de
www.smartworx.de

smartworx®
IT-Beratung - Vertrieb - Service

Zum Alten Wasserwerk 9
51491 Overath

NetCologne
IT kütt
von uns.
Bei NetCologne ist mehr für Sie drin: Business-IT,
Internet und Telefonie aus einer Hand.
Thiemo Funke
Vertriebsspezialist
NetCologne IT Services
netcologne.de/itk
Uns verbindet mehr.